



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten •

Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 43 Januar/3 2023

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Verteidigungsbündnis zum Angriffspakt NATO:

vom Autor: Christian Müller, 7. Januar 2023



NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg will künftig auch präventiv angreifen dürfen:
Im Bild online mit der University South-Florida © NATO

(Red.) Unter diesem Titel hat Christian Müller am 2. April 2021 transparent gemacht, was NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in einer Zoom-Konferenz mit der Florida-University in den USA verraten hat: Die NATO hat vor, den Paragraphen 5 ihrer Statuten so abzuändern, dass sie auch Präventiv-Schläge durchführen kann. Zum damaligen Artikel:

NATO: Vom Verteidigungsbündnis zum Angriffspakt

Christian Müller / 2.4.2021 Die NATO wurde 1949 als Verteidigungsbündnis gegen die Sowjetunion gegründet. Jetzt will sie auch präventiv angreifen dürfen.

1949, vier Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, haben die USA, Kanada und zehn westeuropäische Länder die NATO gegründet, die Nordatlantik-Pakt-Organisation. Ihre Aufgabe war klar: Die gemeinsame Verteidigung im Falle eines Angriffs der Sowjetunion. 1952 traten auch Griechenland und die Türkei bei. Und am 9. Mai 1955, also drei Jahre später, trat auch Westdeutschland der NATO bei. Erst jetzt reagierten die Sowjetunion und die neun in ihrem Einfluss stehenden Staaten Mittel- und Osteuropas und gründeten, am 14. Mai 1955, also fünf Tage später, den Warschauer Pakt.

Der Zweck der NATO wurde im Artikel 5 der Gründungsurkunde klar definiert:

Artikel 5

«Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Massnahmen, einschliesslich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.

Vor jedem bewaffneten Angriff und allen daraufhin getroffenen Gegenmassnahmen ist unverzüglich dem Sicherheitsrat Mitteilung zu machen. Die Massnahmen sind einzustellen, sobald der Sicherheitsrat diejenigen Schritte unternommen hat, die notwendig sind, um den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit wiederherzustellen und zu erhalten.»

Artikel 6

Im Sinne des Artikels 5 gilt als bewaffneter Angriff auf eine oder mehrere der Parteien jeder bewaffnete Angriff

- auf das Gebiet eines dieser Staaten in Europa oder Nordamerika, auf die algerischen Departements Frankreichs, auf das Gebiet der Türkei oder auf die der Gebietshoheit einer der Parteien unterliegenden Inseln im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses;
- auf die Streitkräfte, Schiffe oder Flugzeuge einer der Parteien, wenn sie sich in oder über diesen Gebieten oder irgendeinem anderen europäischen Gebiet, in dem eine der Parteien bei Inkrafttreten des Vertrags eine Besatzung unterhält oder wenn sie sich im Mittelmeer oder im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses befinden.»

Die Kurzversion dieser Bestimmungen: Wenn auf ein Mitglied der NATO ein bewaffneter Angriff stattfindet, ist das wie ein bewaffneter Angriff auf mehrere oder alle Staaten der NATO, weshalb dann alle NATO-Mitglieder gemeinsam den bewaffneten Angriff abwehren.

Jetzt ist alles anders ...

Am 25. März 2021 führten die US-amerikanische «University South Florida» in Tampa Florida und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg eine gut einstündige Online-Konferenz durch. Die Dozenten und Studierenden hatten Gelegenheit, Stoltenberg Fragen zu stellen, Stoltenberg war bereit zu antworten. Dabei erklärte Stoltenberg Folgendes (ab Minute 24): Früher war es einfach, es herrschte entweder Friede oder Krieg. Deshalb steht in Artikel 5 des Gründungsvertrages, dass die NATO bei bewaffneten Angriffen reagieren muss. Heute ist das ganz anders: Es gibt die Desinformation, die Cyber-Attacken, den hybriden Krieg. Deshalb muss die NATO den Artikel 5 umformulieren: Die NATO soll auch reagieren dürfen auf solche, also nicht bewaffnete Angriffe im ursprünglichen Sinn des Wortes. Und Jens Stoltenberg legte auch Gewicht darauf, dass die NATO nicht nur ein militärisches Bündnis sei, sondern vor allem auch ein politisches.

Mit diesem neuen, von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg propagierten Verständnis des «bewaffneten Angriffs» gibt sich die NATO den Freipass, ein anderes Land – konkret also vor allem Russland oder China – auch schon präventiv anzugreifen. Denn Desinformation, Cyber-Attacken und hybrider Krieg, das alles existiert bereits, seit Jahren und in allen Richtungen. Und klar dabei ist nichts: Wenn etwa – supponiert – ein Mitglied des israelischen Geheimdienstes Mossad aus einem Hotel in Moskau das IT-System des Schweizer Technologie-Konzerns RUAG hackt, dann kann das problemlos als russische Cyber-Attacke «identifiziert» werden.

Stoltenberg verdreht auch die Geschichte

Wenig überraschend in dieser Online-Konferenz war auch, dass der NATO-Generalsekretär einmal mehr betonte, die Osterweiterung der NATO sei keine Provokation gegenüber Russland und für Russland keine Bedrohung (im Video ab Minute 8.30). Dass der hochrenommierte US-amerikanische Historiker und auf Russland spezialisierte US-Diplomat George F. Kennan im Februar 1997, wenige Tage nach dem zweiten Amtsantritt Bill Clintons, in der «New York Times» ausdrücklich davor warnte, in Europa die NATO nach Osten zu erweitern, das weiss auch NATO-General Stoltenberg. Kennan 1997: «Unsere Meinung ist, offen herausgesagt, dass eine NATO-Erweiterung der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der ganzen Zeit seit dem Kalten Krieg wäre.» Doch US-Präsident Bill Clinton liess sich nicht beeindrucken und gab für die Osterweiterung grünes Licht. Mit genau den von George F. Kennan vorausgesagten Folgen.

Und was bedeutet der Klimawandel für die NATO?

Natürlich wollte eine USF-Studentin auch wissen, wie sich die NATO dem Klimawandel stellen werde. Stoltenberg bestätigte, dass der Klimawandel auch für die NATO eine «Herausforderung» – das euphemistische Synonym für das Wort «Problem» – sei. Zum Beispiel, so Stoltenberg, müssten wegen des Anstiegs des Meeresspiegels die von den Kriegsschiffen der NATO benützten Meereshäfen umgebaut werden (im Video ab Minute 44). (Drei Tage vorher hatte Stoltenberg schon an einer Medienkonferenz in Brüssel und in Anwesenheit von US-Staatssekretär Antony Blinken erklärt, dass der Klimawandel eine grosse Herausforderung für die NATO sei, zum Beispiel auch für die Kampfanzüge, die auf extremere Wetterkonditionen angepasst werden müssen.) Und was mit den Millionen von Menschen, deren heutiger Lebensraum aufgrund der Erhöhung des Meeresspiegels unter Wasser gerät? Kein Thema für die NATO.

Die Strategie-Änderungen der NATO laufen unter dem Titel «NATO 2030» (siehe Aufmacherbild oben). Frage: Wer hat die Kompetenz, diese schwerwiegenden Änderungen gutzuheissen? Die Kriegs- und Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten? Die Regierungen der Mitgliedstaaten? Oder werden da dann auch die Parlamente der Mitgliedstaaten noch ein Wort mitzureden haben, was dringend nötig wäre?

Es lohnt sich, genau hinzuhören, wenn NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg mit Politikern, Medienvertretern oder auch Studierenden im Gespräch ist. Besser schlafen kann man danach allerdings nicht.

Bis hier der damalige Artikel von Christian Müller auf Infosperber.ch.

Und heute, was hat sich seit dem 24. Februar geändert?

Es wird immer klarer, dass Putin nichts anderes entschieden hat, als was die NATO propagiert und programmiert hat: Präventiv mit militärischen Mitteln angreifen zu dürfen, auch wenn man erst mit nicht-militärischen Mitteln provoziert und angegriffen worden ist (siehe dazu unbedingt Jens Stoltenberg im März 2021 ab Minute 24):

- Die USA haben sich, man weiss es dank einem abgehörten Telefon der US-amerikanischen Ukraine-Verantwortlichen Victoria «Fuck EU» Nuland, schon vor dem Putsch auf dem Kiever Maidan mit einem Einsatz von über fünf Milliarden US-Dollar in die ukrainische Politik eingemischt.
- Die USA haben 2013/14 auf dem Maidan intensiv Einfluss genommen, inkl. einem persönlichen Auftritt des damals prominentesten US-Senators McCain auf der Maidan-Rednerbühne.
- Die USA haben nach dem Putsch auf dem Maidan mit der Vertreibung des demokratisch gewählten Präsidenten Wiktor Janukowytsch de facto entschieden, wie die neue Regierung zusammengesetzt wurde (inkl. vier Mitglieder der Neonazi-Partei Swoboda).
- Die USA haben anschliessend im grossen Stil mitgeholfen, die ukrainische Armee auszurüsten und die Truppen zu schulen, wie US-Generäle es heute nicht nur bestätigen, sondern sogar stolz darauf sind.
- Die von den USA gesteuerte NATO ist schon lange vor 2014 mit der Ukraine eine «Partnerschaft» eingegangen. Die Ukraine wurde von der NATO in Dutzenden von speziellen Programmen unterstützt (im Detail hier nachzulesen). Es ging immer um die sogenannte «interoperability», die NATO-Armee und die Armee der Ukraine «kompatibel» zu machen, so, dass sie im Kriegsfall perfekt zusammenarbeiten können. So etwa wurden die Hierarchiestufen in der ukrainischen Armee den NATO-Hierarchiestufen angeglichen und die ukrainischen Offiziere mussten Englisch lernen, um die NATO-Befehle zu verstehen.
- In Polen und in Rumänien wurden Raketen-Abschuss-Basen erstellt, die dazu dienen können, Russland mit nuklear-geladenen Raketen zu beschliessen.
- Immer mehr gigantische NATO-Manöver mit Tausenden von aus den USA eingeflogenen Soldaten wurden im Norden wie im Süden gezielt an der russischen Grenze durchgeführt.
- Wie jetzt in der Ukraine immer konkreter sichtbar wird, wurden im Südosten der Ukraine an der Grenze zu den sich unabhängig erklärten Regionen von Donezk und Lugansk immense militärische Installationen erstellt.
- Die Bombardierungen der Russland-freundlichen Regionen Donezk und Lugansk wurden 2021 immer massiver.
- Die aufgrund all dieser Entwicklungen von Russland im Dezember 2021 verlangten Sicherheitsgarantien wurden von den USA und von der NATO pauschal verweigert.

Um es in den Worten von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg zu sagen: Die NATO hat bis am 24. Februar 2022 Russland zwar noch nicht mit traditionellen militärischen Mitteln angegriffen, aber mit x schwerwiegenden Massnahmen massiv provoziert und bedroht: Sie hat genau die Situation geschaffen, bei der die NATO gemäss den künftigen NATO-Statuten berechtigt sein will, schon präventiv anzugreifen. Sie will das Recht haben, so Stoltenberg, selber zu entscheiden, wann sie selber angreifen darf. (Minute 27: «Wir werden unseren Feinden nie bekanntgeben, wann wir Artikel 5 «aktivieren»»)

Man erinnert sich: Am 5. Juni 1967 haben die israelischen Luftstreitkräfte in einem Präventivschlag (!) gegen die ägyptischen Air Bases den als «Sechstagekrieg» in die Geschichte eingegangenen damaligen Krieg begonnen – und Israel wurde für diesen «cleveren» Präventiv-Schlag international bejubelt. Die USA haben mehrere Kriege präventiv begonnen, oft waren andere NATO-Staaten mit dabei. Aber wenn Putin – gemäss der NATO-Doktrin, sie selber müsse entscheiden können, wann ein Präventivschlag fällig sei – wenn Putin entscheidet, es sei zu gefährlich, abzuwarten, bis die NATO Russland angreift, jetzt sei ein Präventivschlag von russischer Seite angemessen, dann schreien alle westlichen und nicht zuletzt alle NATO-Staaten, dass Putin «unprovoked» die Ukraine angegriffen habe – unterstützt von den meisten westlichen grossen Medien. Das ist auf gut Deutsch die reine Heuchelei.

PS: Seit heute können auf der Schweizer Plattform Infosperber.ch, auf der der oben wiedergegebene Beitrag von Christian Müller am 2. April 2021 erstmals erschienen ist, die folgenden drei Sätze des Redaktionsleiters Urs P. Gasche gelesen werden (siehe die gelbe Box): «Wenn Historiker die Vorgeschichten analysieren und sich fragen, ob diese Kriege vielleicht hätten verhindert werden können, stellen sie damit die Verantwortung der Kriegsführenden nicht in Frage. Auch der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat eine lange Vorgeschichte. Über sie gilt es – aufgrund der heutigen Quellenlage – ebenfalls zu informieren, ohne die Verantwortung Russlands für den Krieg in Frage zu stellen.» So einfach ist es: Die Vorgeschichte des Krieges in der Ukraine kann sein wie sie will, die Verantwortung für den Krieg in der Ukraine trägt sowieso allein Russland. Die Frage zu stellen, wer mindestens mitverantwortlich ist – und dies notabene in hohem Masse – ist nicht erlaubt. – Globalbridge.ch nimmt sich das Recht, auch diese Frage zu stellen. (cm)

Quelle: <https://globalbridge.ch/nato-vom-verteidigungsbuendnis-zum-angriffspakt/>

Pierre de Gaulle, Enkel von Charles de Gaulle, spricht Klartext über die USA, die NATO und die europäischen Medien

1. Januar 2023, Autor: Redaktion



Pierre de Gaulle und Irina Dubois beim Interview im Rahmen der Vereinigung «Dialogue Franco-Russe» (Screenshot)

(Red.) Irina Dubois, die verantwortliche Leiterin der Vereinigung «L'Association Dialogue Franco-Russe», hat kurz vor Weihnachten mit Pierre de Gaulle, dem Enkel von General de Gaulle, ein Interview gemacht. Das Thema des Interviews waren die internationalen Beziehungen zwischen Frankreich und der EU auf der einen Seite und Russland auf der anderen Seite. Das Interview ist äusserst lesenswert, Pierre de Gaulle hat keine Hemmungen, die Verlogenheit der USA und der NATO und der grossen europäischen Medien öffentlich an den Pranger zu stellen und auf die wirtschaftlichen Probleme in der EU hinzuweisen, zu denen die westlichen Sanktionen gegen Russland jetzt führen werden.

Irina Dubois: Guten Tag, Monsieur de Gaulle. Vielen Dank, dass Sie heute beim französisch-russischen Dialog bei uns sind. Sie beraten in den Bereichen Unternehmensstrategie und Finanzen, Sie haben 15 Jahre Erfahrung in der Leitung von Privatbanken und es ist wahrscheinlich überflüssig, an die grossen Taten Ihres Grossvaters General de Gaulle zu erinnern. Wir schreiben das Jahr 2022 und es ist ein beispielloses und

sehr, sehr komplexes, schwieriges Jahr für die französisch-russischen Beziehungen. Es ist in gewisser Weise ein antirussisches Jahr, würde ich sagen, ganz zu schweigen von der Politik.

Und trotzdem gibt es seit September/Oktobre immer mehr Persönlichkeiten, vorsichtig ausgedrückt, die sich für die Normalisierung unserer französisch-russischen Beziehungen aussprechen, und Sie gehören dazu. Warum glauben Sie, dass es für Frankreich so wichtig ist, sich nicht von Russland zu trennen?

Pierre de Gaulle: Guten Tag, Madame. Ich danke Ihnen für Ihren Empfang und dafür, dass Sie mir die Gelegenheit geben, in diesem Kulturhaus zu sprechen, das all das feiert, was das französische und das russische Volk durch die Kultur miteinander verbindet.

Natürlich denke ich, dass es für Frankreich äusserst wichtig ist, eine Beziehung der gegenseitigen Verständigung und Zusammenarbeit mit Russland aufrechtzuerhalten und zu fördern. Dies schon aufgrund der historischen Bande und der Schicksalsgemeinschaft, die uns verbindet, und auch weil die Aufrechterhaltung und Pflege einer guten Beziehung zu Russland die Garantie für Stabilität und Wohlstand in Europa und der Welt ist. Die Folgen der aktuellen Krise wirken sich leider auf Europa, die Welt und damit natürlich auch auf Frankreich aus. Alle leiden darunter und das Gleichgewicht, das mein Grossvater immer zu bewahren versucht hat, selbst in den schwierigsten Zeiten der Geschichte und während des Kalten Krieges und des Zweiten Weltkriegs, wird stark beeinträchtigt. Da Russland eines der Länder war, die zusammen mit Frankreich auf der Seite der Sieger gegen die Nazi-Besatzer standen, war mein Grossvater stets bemüht, diese Beziehung zu Russland immer, immer zu bewahren.

Ich denke, es liegt im Interesse Frankreichs, diese Politik fortzusetzen und dieses Gleichgewicht zu bewahren, weil es für die Stabilität Europas von entscheidender Bedeutung ist. Ich denke, die öffentliche Meinung beginnt, sich des perversen Spiels und der Lügen der Amerikaner und insbesondere der NATO bewusst zu werden. Die Ukraine-Krise wird genutzt, um Europa zu destabilisieren. Das mit Russland verbündete Europa bildet einen sowohl politisch als auch wirtschaftlich, kulturell und sozial starken Block von etwa 500 Millionen Menschen. Die Amerikaner haben seit dem Vietnamkrieg und seit den darauf folgenden Wirtschaftskrisen, die insbesondere mit der Aufgabe des Goldstandards für den Dollar zusammenhängen, immer versucht, durch Gewalt, durch List und durch ihre Politik diesen Verlust an Einfluss sowohl wirtschaftlich als auch politisch zu kompensieren, den Verlust an Einfluss des Dollars als einzige Handelswährung in der Welt wettzumachen. Und diese Politik geht weiter.

Ich möchte sagen... Ich empöre mich und ich protestiere gegen diese intellektuelle Unehrllichkeit in der Ukraine-Krise, denn die Kriegauslöser sind die Amerikaner und die NATO, und ich möchte als Beweis die jüngsten Äusserungen von Frau Merkel anführen, die sagte, sie habe nie die Absicht gehabt, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, die Minsker Abkommen, die ausgehandelt und unterzeichnet wurden, um die Sicherheit, Integrität und den Respekt der russischsprachigen Bevölkerung im Donbass zu gewährleisten. Die Deutschen und die Franzosen haben sich für diese Abkommen für das Gleichgewicht, die Stabilität und den Schutz der Bevölkerung in dieser Region formell verbürgt.

Frau Merkel, die sagte, sie habe nie die Absicht gehabt, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, hat alles getan, um der NATO zu erlauben, die Ukraine zu bewaffnen, hat alles getan, um die Grundlagen für diesen Konflikt zu legen, und ich finde das schlimm, weil Millionen von Menschen darunter leiden.

Indem sie diese ukrainische nationalistische Expansion zulies, hat sie zugelassen, dass 16'000 bis 18'000 Menschen (im Donbass) bombardiert und getötet wurden. Sie hat zugelassen, dass diese nationalistischen ukrainischen Bevölkerungsgruppen die russische Kultur auslöschen, das Gefühl ihrer Zugehörigkeit zu Russland auslöschen. Sie hat die Möglichkeit dieser Menschen, die eigene Sprache zu sprechen, vernichtet und sie hat leider zugelassen, dass sich diese Verbrechen etablieren. Das heisst, diese nationalistischen Bevölkerungsgruppen haben wissentlich zu diesem Krieg beigetragen und sie haben wissentlich zu dieser Eskalation beigetragen. Die USA setzen leider diese militärische Eskalation fort, unter der die ukrainische Bevölkerung als erste leidet, aber auch die übrige europäische Bevölkerung.

Das Ausmass, die Anzahl und die Tiefe der Sanktionen zeigen, dass dies alles sehr lange im Voraus organisiert wurde und dass es sich in Wirklichkeit auch um einen Wirtschaftskrieg handelt, von dem die Amerikaner profitieren. Die Amerikaner verkaufen ihr Gas vier- bis siebenmal teurer an die Europäer als sie es für ihr eigenes Land tun, und leider leidet in Europa jetzt jeder in seinem Alltag darunter, denn all dies führt zu einer Wirtschafts- und Finanzkrise, die absolut beispiellos ist. Man wird diesen Leuten sagen: «Das ist die Schuld der Russen!» Die Russen sind schuld, sehr gut ... Aber die Russen verteidigen sich, denn es wurden 11'000 Sanktionen gegen sie verhängt, plus ein neuntes Sanktionspaket, das gestern beschlossen wurde. Es ist völlig legitim und normal, dass die Russen sich verteidigen.

Wir befinden uns in einem aktuellen Modell, in dem die grundlegenden Eigenschaften des Patriotismus, der Liebe zum Vaterland und der Verteidigung des Volkes als anormal angesehen werden. Ich denke, das ist sehr ernst und ich bin froh, dass eine Reihe von Politikern, Intellektuellen, Wirtschaftsvertretern und Eliten zu Überlegungen des Gleichgewichts zurückkehren, zu einer gewissen Logik zurückkehren und zu dem zurückkehren, was immer die Geschichte der Beziehungen zwischen Frankreich und Russland ausgemacht hat, nämlich dieses Gleichgewicht zu bewahren, die Verständigung zu bewahren, die Zusammen-

arbeit zu bewahren, den Dialog der Zivilisationen zu bewahren, und ich denke angesichts der bevorstehenden Weihnachtszeit an all das, was uns für die Zukunft und für unsere Schicksalsgemeinschaft vereint. Also für mich ist es eine Notwendigkeit, ein Imperativ, zu Russland eine gute Beziehung zu bewahren, und es ist mein Glaube, dass dies nicht nur vollkommen legitim ist, sondern dass es eine Pflicht ist für Europa und die Stabilität in der Welt und in Europa.

Irina Dubois: Genau, da Sie von Stabilität sprechen, wir sprechen im französisch-russischen Dialog viel über Souveränität, über die Souveränität der Staaten. Die berühmte Formel von General de Gaulle «L'Europe des Nations» existiert nicht mehr. Wie kann man in der heutigen globalisierten Welt eine unabhängige internationale Beziehung aufbauen?

Pierre de Gaulle: Was also Europa betrifft, so war mein Grossvater Charles de Gaulle tatsächlich ein Befürworter eines Europas der Nationen, d. h., dass jedes Land im Hinblick auf eine Europäische Union sowohl wirtschaftlich als auch politisch mit den anderen zusammenarbeiten würde, aber auch mit einer gewissen politischen Autonomie und Entscheidungsfreiheit.

Wir befinden uns in einem System, in dem es um eine Technokratie geht, die Richtlinien auferlegt, die in jedem Mitgliedstaat umgesetzt werden müssen, eine Technokratie, die leider extrem korrupt ist. Man spricht jetzt nicht mehr darüber, aber damals, als die Präsidentin der Europäischen Kommission ernannt wurde, hinterliess sie immerhin einen Schuldenberg von etwa 100 Millionen Euro an unerklärten Kosten für die Beschäftigung von externen Beratern und Beratungsfirmen aus der Zeit, als sie Deutschlands Verteidigungsministerin war.

Diese Dinge werden verschwiegen. Es wurde auch viel über die Verbindungen der Präsidentin der Europäischen Kommission mit der Pharmaindustrie gesprochen. Ich möchte daran erinnern, dass ihr Sohn für ein amerikanisches Biotechnologieunternehmen arbeitet und dass kürzlich, was die Verbindungen zwischen Frau Von der Leyen und dem Vorstandsvorsitzenden von Pfizer betrifft, der Vorstandsvorsitzende von Pfizer zweimal aufgefordert wurde, vor der Europäischen Kommission auszusagen und sich zu äussern. Zweimal hat er sich geweigert.

Ich würde mir wünschen, dass es auf der Ebene der Europäischen Kommission, die bestimmte Gesetze erlässt, etwas mehr Ehrlichkeit und Transparenz gäbe. Sie, die nicht gewählt sind, haben keinen Respekt vor dem gegebenen Wort. Darin liegt leider das Übel. Die heutigen europäischen Führer! Ich würde mir wünschen, dass es etwas mehr Transparenz gibt.

Vor kurzem haben wir in der Katar-Affäre Geldkoffer gesehen, die sich seltsamerweise im Haus einer der Präsidentinnen der Europäischen Kommission befanden.

In einer Zeit, in der wir uns in einer grossen Krise befinden, einer politischen Krise, einer Wirtschaftskrise, die wiederum von den Amerikanern und der NATO perfekt gewollt und gezielt inszeniert wird, wünsche ich mir erneut mehr Transparenz und Ehrlichkeit im Dialog und vor allem die Einhaltung des gegebenen Wortes. Noch einmal: Wenn Deutschland, Frankreich und die OSZE, die sich für das Minsker Abkommen verbürgt haben, zu ihrem Wort gestanden hätten, wären wir nicht in der gegenwärtigen Situation.

Irina Dubois: Der General (de Gaulle) wollte immer, und Sie haben es gerade gesagt, die Beziehung zu Russland zu jeder Zeit fortsetzen. Und in seinen Kriegserinnerungen, gerade gestern vor unserem heutigen Treffen, las ich die Auszüge seiner Reise nach Russland, 1944, als er Stalin traf, und ich erlaube mir daraus zu zitieren: «Ich stellte fest, wie sehr die Tatsache, dass Russland und Frankreich sich voneinander getrennt hatten, die Entfesselung der germanischen Ambitionen beeinflusst hatte. Angesichts der germanischen Gefahr lag das gemeinsame Vorgehen Russlands und Frankreichs in der Natur der Sache.»

Der General betrachtete die französisch-russische Beziehung als natürlich, was er in verschiedenen Auszügen aus seinen Memoiren immer wieder wiederholt.

Ich möchte Sie fragen: Glauben Sie, dass der Gaullismus in Frankreich heute noch lebendig ist? Wer sind diese Politiker Ihrer Meinung nach, ob Sie sie benennen wollen oder nicht, oder eben als Erbe des Generals.

Pierre de Gaulle: Hören Sie, ich werde nicht für einen bestimmten Politiker in Frankreich Partei ergreifen, ausser dass ich gegen die Politik bin, die derzeit vom Präsidenten der Republik und seiner Regierung praktiziert wird, insbesondere was die Beziehungen zu Russland betrifft. Ich denke, wie ich schon oft in Interviews gesagt habe, dass man mit Ländern, die so stark, so selbständig und so wichtig sind wie Russland, China oder auch Algerien, nicht «zur gleichen Zeit» handeln kann. Das hiesse, die russische Kultur nicht zu verstehen und die russische Mentalität nicht zu begreifen. Es hiesse auch, die gesamte Geschichte, die gesamte Vergangenheit und die gesamte Nähe der Beziehungen, die man mit Russland hatte, nicht zu respektieren. Was den Gaullismus betrifft, so ist er ein Erbe, ein Beispiel, die Fähigkeit, vor allen Dingen die Grösse Frankreichs, der Nation und des Landes zu fördern, was normale und grundlegende Werte sind, die heute leider verpönt sind.

Ihr Präsident (gemeint ist also Putin, Red.) hatte gerade eine Sendung, ich glaube, sie hiess Grundwerte oder Grundrealitäten, gegenüber der russischen Jugend gestartet, in der das Vaterland, das Hissen der Flagge und die patriotischen Werte und die Liebe zur Nation geehrt wurden. Das war völlig normal. Auch ich bin in so einem Umfeld aufgewachsen.

In vielen Ländern wie Algerien, China, Grossbritannien, oder auch den USA, feiert man das Hissen der Farben, der Flagge und die Liebe zum Vaterland. Das ist völlig normal und wird nun von einem System, das dazu neigt, die wesentlichen Werte wie Familie, Tradition und Religion zu demontieren, zur Abnormalität erhoben. Glücklicherweise hält in Ihrem Land Präsident Putin diese Werte aufrecht, und ich würde mir wünschen, dass es in Frankreich einen politischen Führer gäbe, der diese Werte und die Grösse Frankreichs ebenfalls fördert.

Das Erbe von General de Gaulle ist in der Tat eine bestimmte Vorstellung von Frankreich. Ein Frankreich, das auf der internationalen Bühne präsent ist, aber auch ein Frankreich, das sich die Mittel für seine Politik selber verschafft. Es ist auch das Erbe eines charismatischen Führers mit einer Vision, einer echten Strategie und einer republikanischen Legitimität.

Ich denke, eine unabhängige internationale Beziehung zu entwickeln bedeutet natürlich, die Mittel für diese Politik zu haben, aber auch diese ganze Perspektive der Antizipation von Entscheidungen zu haben, eine klare Strategie zu haben, eine klare Vision zu haben, offene Botschaften, präzise Botschaften, eine echte Strategie für die Franzosen und für das Volk zu haben, denn das ist es, was diese Führer repräsentieren, da sie im Dienst des Volkes stehen. Sie stehen im Dienst der Nation, sie stehen im Dienst des Vaterlandes und sie müssen in allem die Werte ihres Landes fördern und tragen.

Leider sehe ich keine aufstrebenden Persönlichkeiten in Frankreich, die diese Fackel übernehmen, aber mein Grossvater hat sein ganzes Leben lang für die Grösse Frankreichs gearbeitet, er hat auch ein Erbe hinterlassen, und dieses Erbe liegt in den Händen der Franzosen. Es wurde von der Geschichte geschrieben und es liegt an jedem Einzelnen von uns, dieses Werk fortzusetzen und die Fackel zu übernehmen.

Irina Dubois: Die Gesellschaft in Frankreich ist in Bezug auf den Konflikt in der Ukraine gespalten: In Kategorien von Menschen, die denken, dass es egal ist, was Russland tut, aber sie sind dagegen, weil sie Russland für eine Diktatur halten, ein Land, das nichts mit den demokratischen Werten Europas zu tun hat. Es gibt eine andere Kategorie, die denkt, dass die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs schliesslich nicht in der Ukraine liegen und nichts mit diesem Konflikt zu tun haben. Und dann gibt es diejenigen, die, glaube ich, dem Konflikt gegenüber einfach gleichgültig sind. Und es gibt eine weitere Kategorie von Menschen, die wirklich glauben, dass es sich um einen Kampf der Zivilisation handelt, etwas, das über den Krieg in der Ukraine hinausgeht. Sie (Monsieur de Gaulle) haben das ganz am Anfang erwähnt.

Pierre de Gaulle: Ja, also dieser Konflikt hat Auswirkungen auf die Welt und auf Europa. Er wurde durch den Willen der Amerikaner und der NATO ausgelöst und er wird von der Europäischen Kommission weitgehend aufrechterhalten. Eine grundlegende und grosse Krise, die das tägliche Leben aller Menschen betrifft.

Ja, ich habe Aussagen von kleinen Handwerkern erhalten, kleinen Geschäftsleuten, von Menschen, die unter dieser Situation leiden, zum Beispiel von Bäckern. Etwa 50 Prozent von ihnen sind, sowohl in Frankreich als auch in Belgien und im übrigen Europa, bereits bankrott, weil ihre Stromrechnung von 1500 Euro pro Monat auf 5000 Euro gestiegen ist, was die Fortsetzung ihrer Tätigkeit völlig unmöglich macht und Hunderttausende Menschen in Europa in die Arbeitslosigkeit und in die Krise stürzen wird.

Diese Krise ist ernst, weil die Auswirkungen viel weiter reichen, was leider von Journalisten verschwiegen wird und von der intellektuellen Gemeinschaft, die die Menschen in prorussisch oder pro-amerikanisch oder pro-Putin einteilt, um jede Debatte und jeden Dialog zu vermeiden. Man muss wissen, dass weniger als 50 Prozent der Hilfe, die ..., also der Hilfe, oder genauer gesagt der Subventionen, die jetzt den Ukrainern gewährt werden, bei den Ukrainern wirklich ankommt. Man muss wissen, dass 50 Prozent der Waffen, die den Ukrainern gegeben werden, auf den internationalen Märkten weiterverkauft werden, um Terroristen zu versorgen, um politische Krisen, Konflikte und Revolutionen zu versorgen. Vor kurzem hat die ukrainische Regierung einen fast 1000 Seiten umfassenden Katalog mit Waffen veröffentlicht, die nach Südamerika, Afrika und in die arabischen Länder verkauft werden sollen und die den Terrorismus auf der ganzen Welt anheizen werden. Es handelt sich dabei um schwere und leichte Waffen.

Die Ukraine ist leider eines der korruptesten Länder der Welt. Ich kritisiere keinesfalls die Ukrainer, sondern das Regime, das 2014 von den Amerikanern mit diesem berühmten Staatsstreich eingesetzt wurde, bei dem Victoria Nuland, die ukrainischer Abstammung ist, ebenso wie dieser Biden, sich mit den Worten «Fuck EU!» äusserte. Verzeihen Sie mir, ich zitiere sie, ich zitiere sie wörtlich, das heisst, dass sie unter Missachtung jeglicher Rücksichtnahme, selbst auf die Ukrainer, eine Diktatur errichtet hat.

Ich protestiere und bin empört, dass in Frankreich und Europa ein Bataillon mit dem Namen Asow verherrlicht wird, das die gleichen Embleme wie die Division «Das Reich» verwendet!

Meine Eltern haben gegen den Nationalsozialismus gekämpft, meine Grosseltern, sie wurden sogar aus Gründen des Widerstands deportiert, und für mich ist es absolut skandalös, dass man heute Leute fördert, die im Donbass Massaker, Mord und Diskriminierung an der Bevölkerung verübt haben.

Bereits 2019 sagten die Aussagen des engsten Beraters des späteren Präsidenten Selensky, Arestowitsch, in einem Interview im Februar 2019, dass man unbedingt einen Krieg gegen Russland führen müsse, dass er ihn wolle und dass sie auf jeden Fall Subventionen, Waffen, Unterstützung aus Europa und der Europäischen Union, Unterstützung von der NATO erhalten würden und dass die Ukraine nicht verlieren könne.

Die Amerikaner haben die ukrainische Bevölkerung und die ukrainische Regierung übrigens völlig getäuscht, was den meiner Meinung nach völlig unrealistischen Sieg der Ukraine in diesem Krieg betrifft, denn der grosse Verlierer dieses Krieges ist ohnehin die ukrainische Bevölkerung selbst und als Folgewirkung auch Europa mit all der Krise, in die es sich durch den Willen der Politiker hineinmanövriert hat.

Irina Dubois: Das ist eigentlich sehr, sehr traurig, es ist das Leiden Europas, es ist das Leiden des Volkes ...

Pierre de Gaulle: Es ist traurig, aber ich glaube an dieses Wiederaufleben, an diese Rückkehr zu den Realitäten, deshalb ist es für mich sehr wichtig, all diese Lügen und die ganze Logik, die zu diesem Konflikt geführt hat, zu entlarven.

Aber in diesem Konflikt versucht man uns glauben zu machen, dass Russland isoliert ist.

Das ist völlig falsch, denn es gibt Menschen, die sich der Herausforderungen und Realitäten sowohl in Frankreich als auch in Europa und der Welt bewusst sind, und diese Menschen sind dafür verantwortlich, die grundlegenden Wahrheiten wiederherzustellen, die Lügen aufzudecken und die Logik, die zu diesem Krieg geführt hat, anzuprangern.

Nun glaube ich auch an die Erneuerung, ich glaube auch an den Wiederaufbau, der ganz einfach folgen wird, weil ich auf das zurückkomme, was Sie über meinen Grossvater gesagt haben: Man kann nicht ohne Russland auskommen, man kann nicht ohne diesen Kontinent an sich auskommen. Es ist nicht ganz ein Kontinent, aber es ist auf jeden Fall das grösste Land der Welt, das aufgrund seiner Geografie, Kultur und Geschichte ein absolut beträchtliches wirtschaftliches, politisches, industrielles, geopolitisches und kulturelles Potenzial darstellt.

Russland profitiert in dieser Krise meiner Meinung nach zu Recht von einer Neuausrichtung der politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Interessenzentren nach Osten und wird einer der Schiedsrichter dessen sein, was man Eurasien nennt, d. h. ein fantastischer Kontinent, der sowohl Europa als auch Asien vereint und auf dem neue Entscheidungszentren entstehen werden.

Leider wird Europa den Anschluss an diese absolut fantastische Gelegenheit verpassen, da Eurasien ein Kontinent ist, der sich selbst genügt.

Ich möchte auch die Scheinheiligkeit des Sanktionsregimes anprangern, da wir weiterhin russisches Öl kaufen, ohne das wir natürlich nicht auskommen können. Wir kaufen weiterhin russisches Gas, wir kaufen weiterhin Industriemetalle. 60 Prozent der Industriemetalle auf den Weltmärkten werden, wie ich sagen würde, von Russland dominiert.

Wir kaufen weiterhin Uran. Auch die Amerikaner haben weiterhin Magnete für die neue Generation von Kernreaktoren geliefert und gekauft, und glücklicherweise setzen wir das fort, was uns vereint, nämlich das gemeinsame historische Schicksal und alles, was die wissenschaftliche Gemeinschaft ausmacht, was den Austausch der intellektuellen Gemeinschaft ausmacht.

Die Internationale Raumstation wird dank dieser Zusammenarbeit, die über diesen Konflikt hinausgeht, fortgesetzt, und das ist es, was uns vereint und was wir unbedingt fortsetzen müssen.

Irina Dubois: Es gibt eben noch Dinge, die uns verbinden, und das ist insbesondere die Kultur am Vorabend der Weihnachtsfeierlichkeiten. Die Franzosen werden Weihnachten ein wenig früher feiern, nämlich vor dem russisch-orthodoxen Weihnachtsfest, das wir am 7. Januar feiern werden, und gerade im französisch-russischen Dialog, da wir an unsere sehr starken historischen und kulturellen Bindungen glauben, organisieren wir am 22. Dezember ein Weihnachtskonzert. Ist es aber nur die Kultur, die uns in diesem Moment bleibt, die uns vereint?

Pierre de Gaulle: Es gibt noch viele andere Dinge, die uns vereinen. Ich habe es Ihnen gesagt, und mein Grossvater hat das betont: dass Frankreich und Russland beide Töchter Europas sind, gemeinsame Ursprünge haben und durch eine Schicksals- und Interessengemeinschaft verbunden sind.

Das geht weit über die Kultur hinaus. Davon abgesehen sind Kultur und wirtschaftlicher Austausch das, was Nationen einander näherbringt, was uns vereint und was jenseits von Konflikten und Interessenunterschieden bestehen bleibt.

Was ich auch sagen möchte, ist, dass in dieser gemeinsamen Geschichte Frieden gemacht werden muss, Frieden gemacht werden muss, und dass Frieden eben unvermeidlich ist.

Der Frieden folgt auf jeden Konflikt. Es ist der Frieden, der die Menschen verbindet.

Dieser Frieden erfordert notwendigerweise eine Wiederherstellung des Dialogs, dann eine Verständigung und dann eine wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Das ist es, was die Kontinuität selbst zur Zeit des Kalten Krieges wiederhergestellt hat, ich würde sagen, was die Kontinuität zwischen den Völkern ausmacht, und ich möchte eine Botschaft der Hoffnung und der Einheit vermitteln, weil ich an diese Kultur- und Schicksalsgemeinschaft glaube.

Ich glaube, was uns vereint, die Beziehungen zwischen Frankreich und Russland sind extrem alt, und alle sprechen derzeit vom Frieden.

Ich war einer der ersten, der die Lügen, die Ungerechtigkeit und die Enteignung Ihres Landes (des Landes von Irina Dubois, also Russland), Ihres Volkes angeprangert hat, was ich für absolut skandalös halte, denn man kann nicht eine Nation bestrafen, man kann nicht ein Volk aus Gründen einer Krise bestrafen, wohl wissend, dass dies nicht nur gegen die Grundfreiheiten verstösst, sondern auch gegen das Völkerrecht und eine sehr grosse Ungerechtigkeit ist.

Ich glaube, dass kein anderes Volk seit den Judenverfolgungen während des Zweiten Weltkriegs so viele Enteignungen erlitten hat wie jetzt das russische Volk.

Für mich ist das schockierend, es ist eine grosse Ungerechtigkeit. Ich denke, dass man über die aktuellen Krisen hinaus das Gleichgewicht der Völker, das Gleichgewicht der Nationen, das Gleichgewicht der Welt und das Gleichgewicht Europas sehen muss.

Natürlich ist die Kultur einer der bevorzugten und universellen Wege, um unsere beiden Völker einander näher zu bringen.

Ich denke, was uns vereint, ist auch unsere gemeinsame Geschichte und was uns vereint, ist der Rest, wie soll ich Ihnen sagen, die Liebe, die immense Wertschätzung, die ich und meine Familie für den Reichtum der russischen Kultur und der russischen Welt aufbringen.

Vor kurzem sagte ein Nobelpreisträger für Physik Folgendes: «Man will die russische Kultur zerstören, aber wie kann man ein Land zerstören, das für mehr als die Hälfte der grundlegenden Entdeckungen in Chemie, Physik und Mathematik verantwortlich ist?»

Sie (Madame Dubois, also Russland) sind ein grosses Land, Sie sind ein Land mit einer phantastischen Geschichte, und leider zielt das von den Amerikanern inspirierte neoliberale Modell darauf ab, etwas viel Grundlegenderes zu zerstören, als nur ein wirtschaftliches und politisches Gleichgewicht zu verwalten. Es zielt auch darauf ab, eine ganze Kultur zu zerstören, und wie ich Ihnen gesagt habe, untergräbt man die Fundamente, man untergräbt das Bewusstsein eines Volkes, weil man die beiden Säulen der Zivilisation, die Religion und den Glauben, zerstören will, um sie durch eine Kultur der Kurzfristigkeit, der persönlichen Befriedigung zu ersetzen.

Man greift die Grundlagen an, und ich habe gerade gesehen, man greift sogar die Grundlagen der Bildung an, und ich denke, das ist eine ernste Sache und man muss seine Bollwerke bewahren. Das ist es, was uns traditionell seit langem mit der russischen Kultur verbindet.

Es ist diese Vorstellung, die Dostojewski sehr gut beschrieben hat, und das ist es, was den Glauben ausmacht. Tatsächlich ist der Glaube eine der Säulen, eine der Säulen Russlands, und ich glaube, Dostojewski hat ihn zitiert: «Niemand kann dem Russen seinen Glauben entreissen, ausser er selbst.»

Das ist es, was Ihre Stärke und Ihren Zusammenhalt ausmacht, das ist es, was auch die Stärke der Franzosen ausmacht, das ist es, was die Stärke jeder Nation jedes europäischen Landes ausmacht, genauso wie die Begriffe Patriotismus, Liebe zur Nation, Familie und Religion, die leider Werte sind, die man heute tendenziell zerstören möchte, um die Fähigkeit der Völker und Individuen, sich zu emanzipieren, besser reduzieren zu können, weil das zu einem Verlust der Orientierung führt. Es wird darauf abgezielt, die Integrität der Völker und der Individuen zu zerstören, um sie besser manipulieren zu können.

Irina Dubois: Vielen Dank für diese hoffnungsvolle Botschaft. Wir werden unsere Aktionen in den kommenden Jahren, ich betone: in den kommenden Jahren, fortsetzen, weil wir diese starken, strategischen und herzlichen Beziehungen mit ..., zwischen Russland und Frankreich, brauchen werden und weil der Dialog nie aufhören darf. Ich danke Ihnen vielmals.

Pierre de Gaulle: Sie sollten auf jeden Fall wissen, dass Sie nicht allein sind, dass es viele Menschen in der Welt gibt, noch einmal, zwei Drittel der Weltbevölkerung, in Frankreich und in Europa, die mit Ihnen sind und die diese Arbeit mit Ihnen fortsetzen werden, und Sie können auf meine Unterstützung und meine Zusammenarbeit zählen, um diesen Wiederaufbau in Hoffnung und Erneuerung fortzusetzen. Vielen Dank, Madame.

Quelle: <https://globalbridge.ch/pierre-de-gaulle-enkel-von-charles-de-gaulle-spricht-klartext-ueber-die-usa-die-nato-und-die-europaeischen-medien/>

Im Schreckensjahr ist vieles besser geworden

Krieg, Klimakatastrophen, Energieengpässe und Inflation wie seit Jahrzehnten nicht mehr: Das kommt vielen in den Sinn, wenn sie auf 2022 zurückblicken. Doch selbst in der kriegserischen Finsternis gibt es Licht, und in der Schweiz und international hat sich auch sonst einiges zum Besseren gewendet.

1 Die Pandemie liegt hinter uns

Es war der Klassiker an den beschwignen Weihnachtsfeiern: Wie war das schon wieder letztes Jahr? Und vor zwei Jahren? Haben wir gefeiert, mit wem, oder steckten wir gerade in Quarantäne? 2020 half uns Corona fest im Griff. Der Bundesrat bestimmte die Rahmenbedingungen unserer Feiere: maximal 10 Personen (Kinder inklusive), wenn möglich aus nur zwei Haushalten – eine Empfehlung, Fondue chinesisch und Singen unter dem Weihnachtsbaum waren erlaubt – aber bitte unter Einhaltung der Distanz- und Abstandsregeln. 2021 war es etwas besser. Da bestimmten vor allem die Isolations- und Quarantänebestimmungen, wie wir Weihnachten und Silvester feierten. Liest man die Regeln von damals, reißt man sich etwas ungläubig die Augen. Selbst das Feiern wurde reguliert. Wie schön, haben wir die Pandemie hinter uns gelassen. (d)

2 Die Demokratie wird gestärkt

2022 war ein entscheidendes Jahr für die Demokratie. In den USA, dem immer noch mächtigsten Land der Welt, fanden Zwischenwahlen statt. Viele Beobachter hatten erwartet, dass die «Trumpisten» triumphieren würden – Kandidaten, die mit der Lüge vom Betrug bei den Präsidentschaftswahlen 2020 Wahlkampf machten. Es kam anders.

knickt wäre. Stattdessen ruft die Ukraine gerade der westlichen Staatengemeinschaft in Erinnerung, dass die Verteidigung der Selbstbestimmung und eigenen Grundrechte über allem anderen steht – selbst wenn man dafür nur Waffe greifen muss. (hs)

4 Die Bevölkerung zeigt Herz

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat auch in der Schweiz eine grosse Welle der Solidarität ausgelöst. Privatpersonen sammeln Hilfsgüter, Schülerinnen und Schüler organisieren Spendenaktionen, andere erteilen gratis Deutschunterricht. Die Solidarität manifestiert sich aber besonders in einem Punkt: Seit Kriegbeginn haben über 70 000 Ukrainerinnen und Ukrainer in der Schweiz den Schutzstatus S bekommen. Die Hälfte davon ist gemäss der Schweizer Flüchtlingshilfe in Gastfamilien untergebracht. Private leisten einen wesentlichen Beitrag bei der Bewältigung dieser grossen Flüchtlingsbewegung: seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Sie stellen nicht nur Räume zur Verfügung, sondern bieten ein stabiles Umfeld und leisten wichtige Integrationsarbeit. Noch gibt es keine abschliessenden Zahlen für das Jahr 2022, wie viel Geld die Schweizer Bevölkerung für die Ukraine gespendet hat. Doch es zeichnet sich ein



Auf die USA ist Verlass: Vizepräsidentin Kamala Harris (links) und Nancy Pelosi, Sprecherin des Repräsentantenhauses, mit der signierten Flagge der Ukraine bei der Rede von Wolodymyr Selenski. Bild: AP



Öffnung der Ehe: Sophie und Nathalie Barby Heintzen. Bild: J.-Ch. Beck/KeyStone



«Auf die USA ist Verlass: Vizepräsidentin Kamela Harris (links) und Nancy Pelosi, Sprecherin des Repräsentantenhauses, mit der signierten Flagge der Ukraine bei der Rede von Wolodymyr Selenski. Bild: AP» So die Bildunterschrift zu diesem Bild. (Ausschnitt der Doppelseite 2/3 in den CH-Media-Zeitungen

«Auf die USA ist Verlass» – und andere Kurzmeldungen ...

11. Januar 2023

Autor: Christian Müller, am 31. Dezember 2022

«Im Schreckensjahr ist vieles besser geworden», so titelten die Tageszeitungen des Schweizer Medienkonzerns CH-Media in der Samstagsausgabe vom 31. Dezember auf der Doppelseite 2/3. Das Aufmacherbild dieser Doppelseite: Wolodymyr Selensky im US-amerikanischen Kongress. Und die Bildunterschrift – in der Schweiz «Bildlegende» genannt – die erste Zeile: «Auf die USA ist Verlass». Ist wirklich im Jahr 2022 vieles besser geworden, wenn grosse Medien solchen Unsinn schreiben?

Wo war auf die USA Verlass? In Südvietnam? Im Irak? In Syrien? In Libyen? In Afghanistan? Sie mussten überall abziehen und sie haben überall die mit ihnen verbündeten Einheimischen im Stich gelassen und verraten. Man kann sich höchstens darauf verlassen, dass die USA auch in zwanzig Jahren noch nichts aus der Geschichte gelernt haben werden und dass prominente Neocons wie zum Beispiel Robert Kagan auch dann noch behaupten werden, die USA hätten die Pflicht (!), die Welt zu beherrschen, weil – wörtlich: «Nur die amerikanische Macht kann die Naturgewalten der Geschichte in Schach halten.»

Aber warum soll man sich über solchen Unsinn ärgern, wenn der Chefredakteur des gleichen Medienkonzerns, Patrik Müller, in einem auf der Frontseite platzierten Kommentar zum Thema Wetter folgendes schreibt: «Diese Priorisierung lenkt auch unsere Wahrnehmung. Dass es zurzeit viel zu warm ist für die Jahreszeit: Darin erkennen wir nun Positives. Leere Gasspeicher, Stromrationierung und kalte Stuben – diese Gefahren scheinen gebannt. Dank der hohen Temperaturen ist der Energieverbrauch viel tiefer als erwartet. Sie berauben die fossile Grossmacht Russland ihrer schärfsten aussenpolitischen Waffe, die sie eben noch erpresserisch gegen Europa eingesetzt hat.» Da bleibt einem die Spucke weg: Die Energielieferung Russlands schärfste Waffe? Wer hat beschlossen, von Russland weniger und künftig gar kein Gas und Öl mehr zu beziehen? Wer hat die Inbetriebnahme der fertig gestellten Unterwasser-Pipeline Nord Stream II verhindert? Wer hat die Pipelines mit einem Sabotageakt zerstört? Wer hat für die Gaslieferungen den Marktpreis durchgesetzt und jetzt beschlossen, diesen doch nicht zu bezahlen? Aber klar: Russland «erpresst» den Westen.

«Medienkritik» war einmal eine wichtige Aufgabe der freien Medien, um einander gegenseitig ein bisschen unter Kontrolle zu halten. Heute werden so viele Unwahrheiten in die Welt gesetzt und so viele Wahrheiten bewusst verschwiegen, dass partielle Medienkritik sinnlos geworden ist.

Eine «vergesene» Information

Hunderttausende von Ukrainerinnen, viele mit Kindern, sind bereits in die westlichen Staaten Europas geflohen, und auch Männer, wenn sie sich irgendwelche 30' oder auch 50'000 Euros leisten konnten, die Ausreise-Kontrolleure zu bestechen. Das melden westliche Medien immer wieder – nicht zuletzt natürlich als Beweis, wie «die» Ukrainer Russland fürchten. Warum melden sie nicht, wie viele Ukrainer nach Russland

geflüchtet sind? Es gibt eine Info-Quelle, die natürlich auch nicht hundertprozentig zuverlässig sein kann, aber immerhin halbwegs neutral informieren kann: die UNHCR, die zur UNO gehörende Agentur für das Flüchtlingswesen mit Sitz in Genf. Sie vermeldet, dass 2,8 Millionen Ukrainer nach Russland geflüchtet – oder eben emigriert sind, aus Angst, in einem Land leben zu müssen, das über den Präsidenten Wolodymyr Selensky von den USA regiert wird. Aber das passt natürlich nicht ins Konzept der westlichen Mainstream-Medien.

Auch in den USA gibt es aufmerksame Beobachter

Was viele auch nicht wissen, selbst der US-amerikanische Fernsehsender FOX NEWS lässt regelmässig einen Mann ans Mikrofon, der den Krieg in der Ukraine nicht ganz so sieht, wie es Biden & Co. sehen möchten: Tucker Carlson. Leider spricht er nicht das klare British-English, das wir gerne haben und gut verstehen, sondern seinen US-Dialekt und sehr schnell. Trotzdem lohnt es sich, ihm manchmal zuzuhören.

Und es gibt auch private Info-Plattformen, die zu konsultieren sich lohnt. Wer sich zum Beispiel für die aktuelle Situation an der Kriegsfront in der Ukraine interessiert, kann bei Oliver Boyd-Barrett vieles lesen, das man im deutschsprachigen Raum nur schwer zu lesen oder zu hören kriegt.

Globalbridge.ch erhebt bei weitem nicht den Anspruch, ausreichende Informationsplattform zu sein. Aber Globalbridge.ch wagt zu sagen, was die Grossen verschweigen.

Globalbridge-Autor von der Ukraine auf Sanktionsliste gesetzt

Übrigens: Die Ukraine hat in einem von Staatspräsident Wolodymyr Selensky unterzeichneten Dekret über hundert russische Intellektuelle und Künstler auf eine Sanktionsliste gesetzt, darunter auch den Globalbridge.ch-Autor Dmitri Trenin. Wir haben bei ihm zurückgefragt, wie genau ihn das treffe. Überhaupt nicht, antwortete er, er dürfe nicht mehr in die Ukraine einreisen, was er eh nicht im Sinne hatte, er müsse alle ukrainischen Auszeichnungen zurückgeben, von denen er eh keine habe, und ihm würde Eigentum in der Ukraine weggenommen, was er eh nicht habe. Und überhaupt: «I haven't read the actual communication from Kiev, and really don't care.» Siehe dazu seine Beiträge auf Globalbridge.ch hier und hier und hier und hier. Selensky hat ausserdem 13 ukrainischen orthodoxen Priestern die Ukrainische Staatsbürgerschaft abgesprochen, ohne genaue Begründung. Dieser Entscheid basiere auch auf privat erhaltenen Informationen

...

Siehe dazu auch den Bericht der Informationsplattform «German-Foreign-Policy» mit einem brandaktuellen Bericht zur antidemokratischen Politik Wolodymyr Selenskys.

Quelle: <https://globalbridge.ch/auf-die-usa-ist-verlass-und-andere-kurzmeldungen/>

Die EU ist moralisch tot

Von Uwe Kranz, JANUAR 10, 2023

Man mag ihn mögen oder nicht. Mit diesem Ausspruch (Titel-Zitat) hat sich der ungarische Ministerpräsident Victor Orban jedenfalls glasklar zum «Kailigate» (auch «Qatargate» genannt) positioniert und zugleich einen Punktgewinn im Kampf der EU-Kommission gegen Ungarn um Subventionen in Höhe von 7,5 Milliarden Euro eingefahren.

Fast gleichzeitig, während nämlich die EU-Kommission Ungarn die Subventionen wegen «Verletzungen der Grundrechte und Rechtsunsicherheiten», namentlich unzureichender Korruptionsbekämpfung mit qualifizierter Mehrheit strich, stiegen belgische Ermittler in ein Korruptionsgefüge an der Spitze des Europäischen Parlaments ein, das in der Folge das Zeug zu einem wahren Politthriller entwickelte. Man sollte sich die Filmrechte sichern.

Während die hohen Hüter der politischen EU-Moral sich besorgt zeigten, dass nicht garantiert sei, dass ihre Fördermittel aus dem Kohäsionsfonds von Ungarn «rechtsstaatlich konform» verwendet würden, trieb es die griechische Vizepräsidentin des EU-Parlaments (EP) Eva Kaili (44) so doll mit der Annahme von Korruptionsmitteln, mit organisierter Geldwäsche und mit der damit einhergehenden politischen Einflussnahme zugunsten bestechender nicht-EU-Staaten, dass die belgischen Strafverfolgungsbehörden einschreiten mussten. Gefestigten Gerüchten zufolge soll es sich um die MENA-Staaten (englische Abkürzung für «Middle East & North Africa») Katar und Marokko handeln.

Qatargate

Mehr doppelbödiges EU-Moral geht kaum. Die inzwischen teilgeständige 14. Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments (wofür, zur Hölle, braucht man 14 Stellvertreter?), wurde auf frischer Tat getroffen und konnte daher ohne Rücksicht auf ihre Immunität verhaftet werden. Sie soll gemeinsam mit dem ebenfalls inhaftierten Pier Antonio Panzeri, einem ehemaligen EP-Abgeordneten, ein veritables, profitables, organisiertes kriminelles Netzwerk angeführt haben, in dem auch diverse Personen ihres sozialen und vor allem beruflichen Umfeldes eingesponnen waren: Panzeris Ehefrau wurde in Italien verhaftet und inzwischen

nach Belgien abgeschoben; Kailis Vater versuchte in ihrem Auftrag, Koffer voller Bargeld aus ihrer Wohnung zu holen und in einem Brüsseler Hotel zu verstecken, liess aber immer noch «Säcke mit Bargeld» in Höhe von über 150'000 € in ihrer Wohnung zurück. Insgesamt sollen die Ermittlungsbehörden fast 1,5 Millionen Euro eingefroren haben.

Der Lebensgefährte des glamourösen Politstars, Francesco Georgi, Assistent eines bislang ungenannten EP-Parlamentariers und Spezialisten für Menschenrechts- und Korruptionsfragen (ein Treppenwitz dieser Geschichte), gestand inzwischen seine Beteiligung in der kriminellen Organisation (er nannte sich selbst «Bargeldverwalter», wer war der «Vermögensverwalter?»); auch der Direktor der NGO «No Peace without Justice», Niccolò Figà-Talamanca geriet in Untersuchungshaft; bei dem verdächtigen EP-Abgeordneten Marc Tabarella wurden Durchsuchungen durchgeführt (er ist, ei der Daus, stellvertretender Vorsitzender der EP-Delegation für die Beziehungen zur arabischen Halbinsel); das MEP Andrea Gazzolino wird verdächtigt, durch Geldannahme käuflich gewesen zu sein; der Chef des Internationalen Gewerkschaftsbundes ITUC, Luca Visentini wurde wegen möglicher Verwicklungen vorläufig bis zum Frühjahr 2023 suspendiert, weil er eine 50'000 Euro-«Spende» von der NGO «Kampf gegen Straffreiheit» (Fight Impunity) erhalten haben soll. Im Ehrenvorstand dieses von Panzeri gegründeten Nobelvereins sitzen hochrangige frühere Mitarbeiter der EU-Kommission, darunter die einflussreiche ex-EU-Aussenbeauftragte Federica Mogherini, der französische ex-Premierminister Bernard Cezeneuve, die italienische Senatorin Emma Bosino und die EP-Parlamentarierin Cecilia Wikström oder der ex-Innen-/Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos, der für sein «Ehrenamt» in der Zeit von Februar 2021 bis Februar 2022 von Fight Impunity nach Recherchen von Politico (19.12.2022) sogar 60.000 € erhalten haben soll. Es gibt offensichtlich auch lukrative Ehrenämter.

Ob auch andere Ehrenvorsitzende Gagen, Honorare oder Spenden für ihre Auftritte bekamen, ist noch offen oder wird bestritten. Auf jeden Fall agierte dieser Think-Tank «unter dem Radar», denn er ist überhaupt nicht im offiziellen Transparenzregister aufgeführt. Eher ein «Sink Tank», mit dem Schwarzgelder gegen politische Gefälligkeiten versenkt werden sollten? Fragen? Jede Menge! Kein Wunder, dass die Arbeitsbedingungen in Katar, einst globaler Stein des Anstosses, von Monat zu Monat immer rosiger und milder beurteilt wurden. In der Diskussion im Europaparlament (Planetary Session) vom 21. November 2022 verherrlichte Kaili Katar geradezu, jubilierte, dass dessen Reformen «die arabische Welt inspirierten», dass es «Vorreiter in Sachen Arbeitsrecht» sei und beklagte den generellen «Verdacht der Korruption», der über Katar laste.

Im Dezember 2022 plädierte Kaili in einer Sitzung des EP-Innenausschusses, dem sie gar nicht angehört, für Erleichterung der Visaregelungen für Katari und stimmte sogar positiv darüber ab! Dreister geht es wohl nicht, da herrscht ja in jedem Hühnerzuchtverein mehr satzungsgemässe Ordnung! Kein Wunder, dass der zuständige belgische Richter kurz vor Weihnachten die U-Haft um einen weiteren Monat ausdehnte und den Tatverdächtigen damit eine sehr stille Weihnacht und einen ruhigen Jahreswechsel in der Zelle zur Besinnung bescherte. In Belgien und Italien wurden 20 Objekte durchsucht und 60 weitere EU-Parlamentarier überprüft, die griechische Finanzstaatsanwaltschaft fror derweil sämtliche Konten der umtriebigen (ex-) Parlamentarierin und ihres Partners ein und beschlagnahmte ein 7000 qm grosse Grundstück auf der Insel Paros, das sich das Pärchen geleistet hatte. Wie grell klingen da die Worte von Frau Kaili aus dem Jahre 2018, dass «Sozialhilfeempfänger Faulpelze» seien, die «auf Kosten der Mittelschicht leben». Auf wessen Kosten lebten Kaili & Co? Stimmt also die Vermutung eines Datenschützers: «Wo ein Trog ist, wühlen die Schweine»? Sind Europas Instanzen wirklich eine «Resterampe der Politik»?

Ausgerechnet Katar

Ausgerechnet Katar, das unermesslich reiche Emirat, das nach Russland und dem Iran über die weltweit drittgrössten Gasreserven verfügt und wo unser grüner Wirtschaftsminister Robert Habeck sich vor Wochen so artig mit Bückling für letztlich eine Winzmenge Gas bedankte: Ab 2026 jährlich zwei Millionen Tonnen dreckiges Flüssiggas (LNG) für die Dauer von 15 Jahren. WoW! Das sind ja ganze 5% der bisherigen deutschen (sauberen) Gasimporte aus Russland! Der Deal hilft also weder aus der gegenwärtigen Krise, schon gar nicht mehr im kommenden Winter 2023/24, wenn es erst richtig ernst wird. Nein, dieser Deal schafft eine neue, dauerhafte und fragwürdige Abhängigkeit – von einem Regime, das man jedoch glaubt, folgenlos und heftig politisch kritisieren zu können und auch zu müssen: Weil es die Menschenrechte mit Füßen tritt; weil es Muslime, die nachweislich an Alkoholkonsum, Unzucht, Ehebruch Diebstahl und Verleumdung beteiligt sind, mit Peitschenhieben bestraft; weil es für die Beibehaltung der Todesstrafe bei Spionage und Bedrohungen der nationalen Sicherheit ist; weil es seit Jahren in den brutalen Krieg gegen den Jemen involviert ist; und weil es immer noch seine Gastarbeiter bedrängt und ausbeutet. Realpolitik ist ein hartes Brot. Ach ja, natürlich erfolgen zudem Verkauf und Lieferung nicht direkt an Deutschland, sondern da muss erst ein US-Unternehmen, Conoco Philips, zwischengeschaltet werden, damit der gütige big brother auch noch ein bisserl was verdient.

Fragliche Zukunft des Energieverbundes

Ob allerdings nach den deutsch-revolutionären Gesten, (Hand vor dem Mund) die unsere Fussball-«Mannschaft» vor dem Anpfiff zeigte (eine Nationalmannschaft haben wir ja schon lange nicht mehr) oder unsere Bundesinnenministerin (mit trotzigem Blick und mit direkt neben dem Scheich demonstrativ auf nackter Haut bzw. noch demonstrativer etwas später auf dem Jackenärmel getragener #one-love-Binde, die demnächst im Haus der Geschichte zu bewundern sein wird – da passt sie auch hin, alternativ wäre nur noch der Recyclinghof in Erwägung zu ziehen) Katar uns noch lange helfen wird, unsere selbstverschuldete, rasch und stetig wachsende Energienot abzumildern? Ob Qatar Energy nach dem öffentlichen Blamieren Katars in Sachen «Kailigate» noch zur Aussage des Energieministers und gleichzeitigem CEO von Qatar Energy, Saad Scharida al-Kaabi, steht: «Wir haben gute Beziehungen zu deutschen Unternehmen und zur deutschen Regierung», dürfte doch inzwischen mehr als fraglich sein.

Das Gegenteil ist der Fall: Wegen der «diskriminierenden Behandlung durch das EP» und den «falschen Anschuldigungen, die unsere Regierung mit Fehlverhalten in Verbindung bringen» entstehe ein «negativer Effekt auf die regionale und globale Sicherheitszusammenarbeit ... sowie auf die derzeitigen Gespräche über die globale Energieknappheit und -Sicherheit». Im Klartext: Katarische Diplomaten drohen inzwischen offen mit Gas-Entzug. Wird die EU nun ähnliche Sanktionsmassnahmen gegen Katar einleiten wie gegen Russland? Wird «Qatar-Gate» die Diskussion um die Bargeldobergrenze vorantreiben, weil ja bewiesen wurde, dass das organisierte Verbrechen viel mit Cash arbeitet, weil es was zu verbergen hat: Geldwäsche, Schwarzarbeit, Schmuggel, Steuerflucht und Korruption?

Ausgerechnet Katar

Ausgerechnet Katar, das sich über viele Jahre mühsam ein positives Image zur Fussball-Weltmeisterschaft erarbeitet (oder erkauft) hatte und das kurz davor war, von der Europäischen Union endlich Visa-Erleichterungen und lukrative Landegenehmigungen für Flugzeuge der Qatar Airways auf allen Flughäfen der EU zu erhalten. Damit hätten sich die 10 Mio. Euro ausgezahlt, die Qatar Airways in seine Lobbyarbeit gesteckt hatte (Quelle: EU-Transparenzregister). Dass diese Visa-Entscheidung wenige Tage nach der oben zitierten Sitzung des EP-Innenausschusses im Parlament flugs vertagt wurde, hat wohl eher deklaratorischen Charakter, denn schliesslich braucht man in einer fetten Korruptionsaffäre, die mit einer noch fetteren Energiekrise gepaart ist, parlamentarische Handlungsoptionen – oder zumindest «temporäre Überbrückungshilfen». Wen interessiert es, wenn in ein, zwei Monaten die Visa-Erleichterungen klammheimlich durchgewunken werden. Der tapfere Spruch der Roten, der Grünen und Linken, dass «es keine Visa-Erleichterungen für Katar geben» dürfe, «solange keine Klarheit herrscht, inwieweit katarisches Geld geflossen ist» (Martin Schirdewan, im AFP-Interview, mit interessanter Wortwahl) ist dann längst Makulatur und vergessen. Linksrotgrün erinnert sich ja noch nicht einmal an seine Wahlkampfsprüche vor der Bundestagswahl, wonach keine Kriegswaffen in Kriegs- und Krisengebiete geliefert werden dürfen.

Natürlich: Die Zwillinge Lobbyismus und Korruption

Vergessen wird auch, dass in Brüssel Lobbyarbeit, Korruption, Bestechung, Nepotismus und Interessenkonflikte schon immer, recht oft und auch in recht gravierender Form anzutreffen waren und sind. Aus meiner Erinnerung stechen hervor: Die millionenschwere «Imagepflege» von Aserbaidshan (2008 ff.) oder die britische Korruptions-Industrie aus Rechtsanwälten, Buchhaltern, Immobilienmaklern und PR-Fachleuten, die als strategische Waffe («Reputationswäsche») und auch zur Beeinflussung von Wahlen und dem Brexit eingesetzt wurde.

Das offizielle Volumen der Lobbyarbeit wird derzeit vom EU-Lobbyregister mit 120 Mio. Euro angegeben. Das ist sicherlich auch nur die Spitze des Geldbergs, der von einer Division Lobbyisten (10'000 bis 30'000) und den dahinterstehenden Unternehmen aufgeschüttet wurde. Von Apple bis Qatar Airways sind fast alle grossen, internationalen Unternehmen vertreten. Die Zahl der Lobby-Meetings explodierte 2022 auf 3266: Täglich wurden fast 10 Meetings mit Politik und Verwaltung abgehalten, in denen von Lobbyisten ohne grosse parlamentarische Kontrolle Gesetzgebungsvorhaben und politische Trends ohne Rücksicht auf den Wählerwillen vorangetrieben werden.

Rein zufällig

Vor einigen Wochen wies ich auf den 71-Milliarden-Euro-Deal über fünf Millionen «Impf»-Dosen hin, der – rein zufällig – ohne die erforderliche Ausschreibung und ohne Beteiligung der vorgesehenen Gremien über einen privaten WhatsApp-Chat zwischen der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (in der Folge «vdL» genannt) und dem Pfizer-CEO Albert Bourla vereinbart wurde. «Rein zufällig» wurde dieser Chatverlauf unter Verstoß gegen die Archivierungsregeln der Regierungskorrespondenz gelöscht. «Rein zufällig» ist dieser Deal schon der zweite, nachdem zuvor schon 1,8 Milliarden Corona-Impfstoff-Dosen im Wert von rund 35 Milliarden Euro unter ähnlichen Bedingungen gekauft worden waren, die bis 2023 zu liefern sind oder waren.

Schon dieser Deal, der vorhandene wirtschaftliche Alternativen vom Markt drängte, erregte den Unmut der Parlamentarier und liess den Ruf nach der Europäischen Staatsanwaltschaft erklingen. «Rein zufällig» ist Heiko von der Leyen, der Ehemann der EU-Kommissionspräsidentin, nach Auskunft der Deutschen Wirtschaftsnachrichten genau seit 2020 medizinischer Direktor bei dem amerikanischen biopharmazeutischen Unternehmen Orgenesis Inc., das nach eigenen Aussagen das Potenzial von Zell- und Gentherapien ausschöpfen, mit anderen Worten: sein Glück ebenfalls mit mRNA-Produkten machen will. Vetterwirtschaft/Nepotismus/Lobbyismus? Wenn «die Richtigen» davon profitieren, scheinen in den EU-Gremien selbst ekelhafte «G'schmäckle» lecker zu munden. Mal sehen, ob und wie die Ermittlungen der der EU-Betrugsbekämpfungsorganisation OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft vorangehen und was dabei herauskommt!

Ich bin jedoch desillusioniert: Selbst eine rechtskräftige Verurteilung wegen des fahrlässigen Umgangs mit Steuergeldern (immerhin eine halbe Milliarde Euro) ist auf EU-Ebene nichts Ehrenrührendes mehr, wenn es «die Richtigen» betrifft, wie das Beispiel der Ernennung von Frau Lagarde zur Chefin der Europäischen Zentralbank belegt. Die verurteilenden Richter in Paris verzichteten 2016 generös auf die Verhängung einer Strafe und begründeten dies mit der «Persönlichkeit» und dem «internationalen Ansehen» der Angeklagten, die als französische Finanzministerin 2007 und 2008 mit der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise zu kämpfen hatte. Immerhin gelangte sie damit 2020 auf Platz 2 der Forbes-Liste «The World's 100 Most Powerful Women». Olaf darf hoffen!

Gift für Demokratie und Europa

Korruption, Geldwäsche, Steuerflucht und Nepotismus sind tödliche Gifte für jede Demokratie, erst recht aber für den europäischen Gedanken, dem ich mich mein halbes Leben verpflichtet fühlte. EP-Präsident Roberta Metsola nannte Qatargate einen «Angriff auf die europäische Demokratie», EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen sah, dass das «Vertrauen der Europäer in unsere Institutionen» aufs Spiel gesetzt werde. Hohle Phrasen, denn die überwältigende Mehrheit der Europäer hat die EU-Institutionen längst abgeschrieben, ihre Legitimität spätestens nach der Abservierung des gewählten EU-Kommissionspräsidenten abgesprochen. Die inzwischen eingeläutete, eher zementierte Kultur der Verantwortungs- und Straflosigkeit zeigt, dass diese Gifte zersetzende Wirkungen haben, auch auf das Gewaltenteilungs- und Rechtssystem. Die Aufblähung des EU-Personals (50'000 Beamte und Angestellte) und EU-Haushalts (2023 um 17 auf insg. 186,6 Mrd. Euro) ist an sich schon eine groteske Entwicklung und nicht nur mit Corona- und Kriegskosten allein zu begründen; Buchungstricks, Umschichtungen und Verschleierungen tun ihr Übriges, das Vertrauen in europapolitische Instanzen zu schmälern. Die zu Tage getretene schamlose Selbstbedienungsmentalität, mit der während einer der grössten Energie-, Finanz- und Wirtschaftskrisen der EU fast schon obszön hohen Gehaltssteigerungen bei EU-Beamten, -Parlamentariern und politisch Verantwortlichen (7,9%) wird angesichts der Armuts- und Arbeitslosenstatistiken nur noch angewidert zur Kenntnis genommen.

Dubiose Verträge in Zig-Milliardenhöhe für den Kauf genmanipulativer Stoffe vernichten die Reste jeglicher Autorität und Glaubwürdigkeit, vor allem, wenn in mafiöser Manier mit inzwischen gelöschten Smartphone-Verträgen operiert wurde. Man darf aber sicher sein, dass es irgendwo in der Welt der 4-Eyes Lauscher gab, die die Vertragsverhandlungen transkribierten, um sie in späteren geopolitischen Verhandlungen wertsteigernd «einzulösen». Vielleicht erklärt dies den bellizistischen, einseitig transatlantischen Aktivismus der EU, namentlich ihrer Kommissionspräsidentin.

Korrupter Schmarotzer?

Oder die planlose Hyperaktivität in Sachen russischer Sanktionspolitik bei gleichzeitig unerklärlich wachsender blinder Solidarität und Sympathie mit einer tiefbraunen Ukraine. Einer Ukraine, dessen Präsident Wolodymyr Selensky vor wenigen Jahren und Monaten noch in den deutschen öffentlich-rechtlichen Medien massivster Korruption bezichtigt worden war (eindrucksvoll siehe Georg Restle, Chefredakteur Monitor, WRD, 2014 und die Pandora Papers), jedoch im Februar 2022 sozusagen über Nacht sakrosankt wurde und nun die Welt mit der masslosen Forderung eines Kriegseintritts der NATO in die apokalyptische Gefahr eines Atomkrieges treibt.

Das Erschreckende sind nicht die Geld- und Waffenforderungen dieser Präsidenten-Puppe, das Erschreckende ist die Appeasement- und Lemminge-Attitüde des grössten Teils der europäischen Politikerkaste. Niemand hinterfragt, warum die EU sich an den Leasingkosten für die US-Waffen überhaupt beteiligen müsse, denn schliesslich unterstützt die EU die Ukraine bereits mit 9 Mrd. Euro. Niemand moniert die harsche Forderung der US-Regierung, die die EU bedrängt, endlich die monatlichen Leasingraten gemäss dem «Lend and Lease Act 2022» in Höhe von 3,5 Mrd. USD an Stelle der Ukraine zu überweisen (Financial Times). Niemand kontrolliert die Waffenlieferungen. Niemand kontrolliert die Geldlieferungen, WS wird «unter der Hand» zum Multi-Multimillionär. Die Ukraine findet sich im Korruptionswahrnehmungsindex 2022 von Transparency auf Rang 122 unter 180 bewerteten Staaten. Ein Wunder, dass wenigstens

Donald Trump jr. Anlässlich Selenskys Besuch in Washington Klartext sprach, als er tweetete, dass WS «grundsätzlich ein undankbarer internationaler Schmarotzer» sei.

Energiedesaster unter Freunden?

Oder die schier wahnhaftige Energie- und Klimapolitik bei gleichzeitig verwunderlicher Inaktivität bei der Erforschung der Sprengstoffattentate auf Nordstream I und II, mit denen Europa, insbesondere Deutschland, sich halbwegs dauerhaft von der russischen Energielieferung abschnitt und in ein wirtschaftliches Chaos treiben lies. Verwunderliche Inaktivität? Nein, eher eisernes Schweigen und Geheimniskrämerei der Bundesregierung, selbst auf mehrfache Anfragen aus Politik und Medien.

Wie weit darf und kann die NATO-Mitgliedschaft oder die Third Party Rule der internationalen Geheimdienst-Zusammenarbeit bei der Wahrheitsfindung hinderlich sein? Der sich nun abzeichnende katastrophale Zusammenbruch der Versorgungsketten in der westlichen Welt ist längst kein Menetekel, sondern mit der jüngst erfolgten Ankündigung von BASF, aus energiepolitischen Gründen «dauerhaft» die Produktionen zu kürzen, massiv Personal abzubauen und die Produktionsstätten ins Ausland (ausgerechnet nach China!) zu verlagern, wirtschaftspolitische Wirklichkeit. War das der Tag, an dem Europa auch wirtschaftlich zu sterben begann?

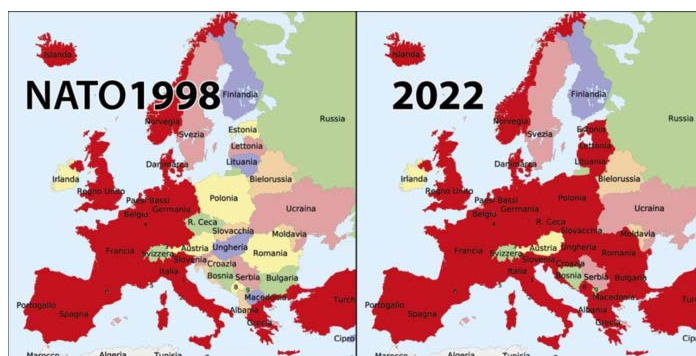
Der Kriegstreiberei ein Ende setzen!

Mit der bedingungslosen Bindung an bellizistisch-transatlantische Parameter hat sich Europa zunehmend die Möglichkeit genommen, friedensvermittelnd zu wirken – nun auch in der russisch-ukrainische Krise. Die Entscheidungen in diesem Stellvertreterkrieg werden einsam in Washington gefällt, in Berlin brav befolgt und in Paris geteilt. Das war schon so, als Frau vdL deutsche Kriegs- ... äh, Verteidigungsministerin war und 2014 die Bundeswehreinheit KSK in die Ukraine zur Befreiung einer höchst dubiosen OSZE-Mission entsenden bzw. 200 Fallschirmjäger im angeblichen Auftrag der OSZE absetzen wollte. Ein Auftrag, der jedoch unverzüglich von der OSZE selbst dementiert worden war.

Ihr Versuch, vor dem (konzertierten?) Hintergrund eines nur vermeintlich friedenssichernden Minsker Abkommens (siehe hierzu die Interview-Bekenntnisse der ex-Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, dass Minsk 2 vor allem Zeit kaufen sollte, um die Ukraine für den Krieg gegen Russland aufrüsten zu können) Deutschland in vorauseilendem transatlantischem Gehorsam in die kriegerischen Auseinandersetzungen hineinzuziehen, ist also durchaus nicht neu. Das kann aber nun in ihrer neuen Position als EU-Kommissionschefin neu befeuert werden.

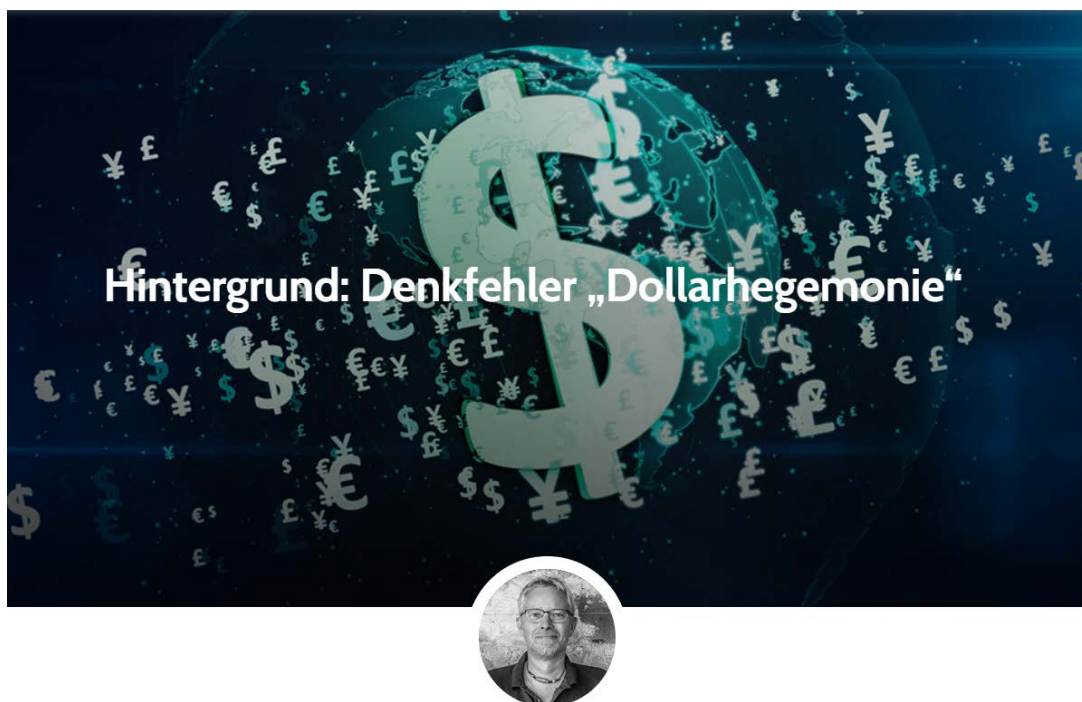
Der Krieg in der Ukraine, welcher zweifelsohne völkerrechtswidrig durch Russland vom Zaun gebrochen, aber durch die Nato und der EU in mancherlei Hinsicht provoziert oder sonst geförderte wurde, hat wiederum die Aktivitäten der Allianz in Europa bedeutend erhöht. Die Wahrheit ist aber, dass der militärische Expansionismus der Allianz die Kriegswahrscheinlichkeit erhöhte und uns alle nur noch weniger sicher macht. Nachdem schon die Ausbildung ukrainischer Truppen im deutschen Grafenwörth vor Monaten von den wissenschaftlichen Diensten des Bundestages als «Kriegseintritt» analysiert und beschrieben worden war, bringen uns nun die Lieferung von schwerem Kriegsgerät (40 von insgesamt vorhandenen 370 deutschen Schützenpanzer «Marder» und ein Raketenabwehrsystem «Patriot») noch näher ans europäische Schlachtfeld. Die Stellungnahme der Botschaft der Russischen Föderation vom 5.1.2023, dass «Die Entscheidung Berlins, schwere Waffen an das Kiewer Regime zu liefern, die deutsch-russischen Beziehungen gravierend beeinträchtigen (wird)», darf getrost als offene Drohung verstanden werden. Vielleicht war dies der Tag, an dem die EU auch militärisch zu sterben begann?

Uwe G. Kranz ist ex-LKA-Präsident Thüringen, ex-Nationaler Experte bei Europol, Ltd. Ministerialrat a.D., Independent Security Consultant; Dieser Artikel ist zuerst erschienen auf Ansage.org



«Sobald deutsche Panzer auf russischem Gebiet auftauchen, wird Russland keine andere Wahl haben, als eine Generalmobilmachung anzukündigen.» Bitte nehmt diese Worte von Herrn Putin diesmal ernst. Oder wollt ihr wieder den Totalen Krieg ?

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2023/01/deutschland-will-wieder-krieg.html#ixzz7qvLflg9c>



Ein Artikel von: Jens Berger; 20. Januar 2023 um 9:00

Mit der Eskalation des Krieges in der Ukraine, den westlichen Sanktionen gegen Russland und den Spannungen zwischen den USA und China wird vor allem in kritischen Artikeln in alternativen Medien immer wieder die «Dollarhegemonie» der USA thematisiert. Diese sei ein Machtmittel, von dem die Welt sich nun löse. Oft wird sie auch als «wahrer» Kriegsgrund für diesen und jenen Krieg beschrieben. Einige Autoren gehen so weit, eine kommende «Ent-Dollarisierung» als das Ende des US-Imperiums zu sehen. Hinter all dem steckt ein wahrer Kern, aber leider auch viel Unverständnis für makro- und finanzökonomische Fragen. Das ist ärgerlich, da so ein Teil der gerechtfertigten Kritik an der unfairen bis kriegerischen Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik der USA auf eine falsche und daher unproduktive Schiene gelenkt wird. Zeit für einen unaufgeregten Blick hinter die Kulissen. Von Jens Berger.

Der US-Dollar stellt fast 60 Prozent der weltweiten Reservewährungen und ist zweifelsohne immer noch die wichtigste Transaktionswährung im internationalen Handel. Auch Länder, denen die USA nicht gerade freundlich gesinnt ist, nutzen für ihren Aussenhandel häufig immer noch den US-Dollar. Da bietet sich es natürlich an, die Dominanz des US-Dollars als einen der Gründe für die führende Position der Weltmacht USA zu sehen. Doch so einfach ist es nicht. Um die Zusammenhänge zu verstehen, lohnt es sich daher, die Fragen, die sich aus dem gesamten Themenkomplex bilden, einmal transparent und hoffentlich verständlich zu erklären.

Welche Rolle spielen Transaktionswährungen überhaupt im internationalen Handel?

Nehmen wir mal an, Sie sind ein begeisterter Fotograf und sammeln Fotoapparate. Nun haben Sie online eine seltene Kamera bei einem japanischen Händler entdeckt. Die Frage, wie Sie die Ware bezahlen wollen, ist alles andere als trivial. Auf Ihrem Konto befinden sich Euro, auf dem Konto des Verkäufers Yen. Daher müssen Sie sich zunächst auf eine Transaktionswährung einigen. Sie könnten Euro in Yen tauschen und sie dem Japaner überweisen. Sie könnten ihm aber auch Euro überweisen und er tauscht sie in Yen. Alternativ könnten Sie auch Ihre Euro in US-Dollar tauschen, die der Verkäufer seinerseits in Yen zurücktauscht. Welche dieser Varianten infrage kommt, entscheiden in der Regel jedoch nicht Sie, sondern Ihre Bank oder Ihr Zahlungsdienstleister, z.B. PayPal. Die Währung, in der die Summe von Deutschland nach Japan transferiert wird, nennt man Transaktionswährung. Und was für den Hobbyfotografen gilt, gilt auch im grossen Massstab; nur dass es hier nicht immer die Bank ist, die über die Transaktionswährung entscheidet.

Dazu ein einfaches Beispiel: Wenn ein ungarischer Ölimporteur eine Lieferung über 100'000 Barrel Rohöl aus Iran ordert, gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie er die Rechnung dafür bezahlt. In der Regel sollte ein solches Geschäft in Euro fakturiert werden. Der Ungar tauscht also seine Forint gegen Euro ein und überweist sie an den Exporteur in Iran. Der führt seine Konten jedoch in iranischen Rial und tauscht seinerseits die Euro, die er von seinem ungarischen Geschäftspartner überwiesen bekommen hat, in Rial um. Welche Auswirkungen hat dieses Geschäft nun auf den Euro? Die vielleicht überraschende Antwort ist: Gar keine, da der Iraner die gleiche Menge an Euro wieder auf den Markt wirft, die der Ungar zuvor vom Markt eingekauft hat – ein Nullsummenspiel. Und würde sich dies ändern, wenn der Handel nun in US-Dollar ab-

gerechnet wird? Nein. In diesem Falle tauscht der Ungar lediglich seine Forint in US-Dollar um, die der Iraner dann wieder in Rial umtauscht. Die Transaktionswährung spielt bei internationalen Handelsgeschäften rein ökonomisch keine Rolle. Zu den Feinheiten, warum die Transaktionswährung in bestimmten Fällen doch eine Rolle spielen kann, kommen wir später.

Was ist eine Reservewährung?

Natürlich ist die reale Welt etwas komplexer als dieses Grundlagenbeispiel. Volkswirtschaftlich ist es vor allem für kleinere Staaten ungemein wichtig, die eigene Währung gegenüber den Währungen für strategisch und ökonomisch wichtige Importe stabil zu halten. Denn wenn die eigene Währung gegenüber der Währung, in der man z.B. seine Öl- oder Gaslieferungen importiert, auf Dauer an Tauschwert verliert, verteuern sich diese Importe. Daher betreiben nahezu alle Zentralbanken dieser Welt eine Art aktives Währungsmanagement – man interveniert, wenn der Wechselkurs einen zuvor bestimmten Korridor verlässt.

Aus diesem Grund macht es natürlich vor allem bei langfristigen Importverträgen Sinn, die Notierung und Abrechnung in einer Währung festzulegen, die von der eigenen Zentralbank gegenüber der heimischen Währung aktiv abgesichert wird. Und hier kommt die sogenannte «Reservewährung» ins Spiel. Dies ist die Währung, in der die nationalen Zentralbanken ihre Devisenreserven halten, um bei Kursschwankungen eingreifen zu können. Weltweit bestehen die Währungsreserven derzeit zu 60 Prozent aus US-Dollar und zu 20 Prozent aus Euro – dahinter kommen dann noch der japanische Yen und das britische Pfund. Der chinesische Renminbi stellt zurzeit nur zweieinhalb Prozent der Währungsreserven. Der kanadische und der australische Dollar und der Schweizer Franken spielen noch Statistenrollen und das war es dann auch schon. Alle anderen Währungen spielen als Reservewährung de facto gar keine Rolle.

Der Dollar ist also nicht deshalb Weltwährungsreserve Nummer Eins, weil Rohstoffe oft in Dollar gehandelt werden, sondern Rohstoffe werden oft in Dollar gehandelt, weil der Dollar Weltwährungsreserve Nummer Eins ist. Würde unser Ungar sein Öl aus Iran nämlich nicht in Dollar oder Euro, sondern beispielsweise Isländischen Kronen bezahlen, wäre dies zwar erst einmal auch nur ein Nullsummenspiel. Anders sieht es jedoch bereits bei einem Warentermingeschäft aus und gerade der internationale Energiehandel wird zum grössten Teil über solche Warentermingeschäfte abgewickelt.

Wenn der Ungar heute einen Kontrakt für eine Lieferung am 1. August erwirbt und dafür einen festen Preis in isländischen Kronen vereinbart, müsste er sich bis zu diesem Zeitpunkt gegen Kursschwankungen zwischen seinem Forint und der Krone absichern. Sonst wäre der real zu zahlende Kaufpreis unkalkulierbar. Das sind Zusatzkosten, die er natürlich scheut. Darum wird der Ungar im konkreten Fall bei einem Warentermingeschäft die Zahlung in Euro bevorzugen, da die ungarische Zentralbank den Forint gegenüber Kurschwankungen zum Euro absichert und ihm diese Aufgabe damit abnimmt. Gerade bei langfristigen Verträgen ist es besonders wichtig, eine Währung zu wählen, gegen die die eigene Währung aktiv abgesichert ist.

Bis 1973 waren solche Fragen übrigens ziemlich egal, da der US-Dollar durch das Bretton-Woods-System eine Ankerwährung war, an die alle anderen wichtigen Währungen der Welt in einem System mit festgelegten Wechselkursbandweiten gekoppelt waren. Mit dem Ende von Bretton-Woods drohte der Ölmarkt, der durch die erste Ölkrise ohnehin bereits hyperventilierte, durch Währungsturbulenzen dauerhaft seine Stabilität zu verlieren. Um dies zu verhindern, verpflichtete sich Saudi-Arabien als grösster OPEC-Lieferant sein Öl fortan nur noch gegen US-Dollar zu verkaufen. Das war auch für andere Staaten durchaus sinnvoll, da so die ohnehin bereits vorhandene alte Ankerwährung als Reservewährung nun auch die wichtigen Ölimporte abdeckte. Wichtig ist jedoch: Hierbei ging es nur um die Transaktionswährung! Viel wichtiger ist jedoch, was der Verkäufer schlussendlich mit den Einnahmen macht.

Holländische Krankheit und Petrodollar-Recycling – die realen Währungsprobleme

Im oben genannten Beispiel tauscht der Ölexporteur Iran die Transaktionswährung Euro sofort nach dem Handel in seine Landeswährung ein. Dies würde jedoch langfristig zu einer steigenden Nachfrage nach dem iranischen Rial und damit einer Aufwertung der Währung führen. Solche Aufwertungen sind jedoch Gift für die Konkurrenzfähigkeit von Volkswirtschaften, da die einheimischen Unternehmen ihre Kosten für Löhne, Energie und Kapital ja in der einheimischen Währung aufbringen müssen. Die Folge einer solcher Währungsaufwertung durch grossvolumige Rohstoffexporte bezeichnen Ökonomen als «Holländische Krankheit» – benannt nach dem Problem der Niederlande mit der durch die Öl- und Gasexporte aus den Nordseevorkommen resultierenden Aufwertung des Gulden in den 1960ern. Ähnliche Probleme haben auch Venezuela, Aserbaidschan und vermehrt durch die Sanktionen auch Russland. Dass der Rubel seit den Sanktionen aufgewertet hat, ist nämlich nicht nur ein Vorteil, da sich dadurch die Exporte relativ verteuern und die Wettbewerbsfähigkeit der russischen Volkswirtschaft sinkt. Der einzig sinnvolle Ausweg aus der Misere stellt eine Praxis dar, die ironischerweise als «Petrodollar-Recycling» beschrieben wird.

Wenn Iran in unserem Beispiel die Einnahmen nicht in die heimische Währung Rial umtauscht, sondern entweder direkt oder indirekt in einem anderen Währungsraum investiert oder aber in gleichem Umfang Güter aus einem anderen Währungsraum importiert, vermeidet es eine Aufwertung des Rial. Beispielhaft

dafür sind sowohl Saudi-Arabien als auch Norwegen. Wenn ein saudischer Prinz für 150 Millionen Dollar einen Modigliani ersteigert oder sich in Belgravia für Phantasiepreise eine Villa nach der anderen kauft, so trägt dies auch zur Stabilität des Saudi-Riyal bei, da die Devisenüberschüsse damit abgebaut werden. Auch die gigantischen Rüstungsimporte des Landes haben – aus rein ökonomischer Perspektive – nebenbei den Effekt der Stabilität der eigenen Währung. Norwegen wiederum hat einen «staatlichen Pensionsfonds» aufgelegt, der ausschliesslich in anderen Währungsräumen investiert und mittlerweile ein Volumen von mehr als einer Billion US-Dollar hat. Das hat nicht nur etwas mit langfristigen Erträgen zu tun. Nur so kann das Land sich dagegen absichern, dass die eigene Währung durch die Öl- und Gasimporte unkontrollierbar aufwertet und das Land an der Holländischen Krankheit eingeht. Für die Frage der Wechselkurse und des Wertes einer Währung ist es also im Grund egal, ob in dieser Währung Handelsgeschäfte stattfinden. Wichtig ist, in welchen Währungsraum Investitionen fliessen und dass die Aussenhandelsbilanz möglichst ausgeglichen ist.

Greifen China und andere Schwellenländer den Dollar an?

Eine ähnliche Praxis verfolgt auch China bereits seit Jahren. Das Reich der Mitte erzielt Jahr für Jahr gegenüber dem Euro- und dem Dollarraum massive Aussenhandelsüberschüsse und stösst dabei bereits beim «Recycling» an die Grenzen. Vor diesem Hintergrund liest man auch die Meldungen anders, nach denen Chinas Initiative, Ölimporte nicht mehr in Devisen, sondern in der Landeswährung Renminbi bzw. Yuan zu fakturieren. Kritische Kommentatoren in alternativen Medien werten dies oft als «Plan, den Dollar zu killen». Hat China denn kein Interesse mehr daran, Dollar- oder Eurorecycling zu betreiben? Will man den Renminbi nun tatsächlich aufwerten, wie die USA es ja seit Jahren fordern? Denn das ist es ja, was die Autoren solcher Artikel immer wieder verwechseln – wenn China seine Devisenüberschüsse nicht reinvestiert oder für Importe ausgibt, stärkt dies mittel- bis langfristig die eigene Währung, was den USA sogar sehr gelegen käme, da dies die Aussenhandelsdefizite im amerikanisch-chinesischen Handel senken würde; genau das, was z.B. Donald Trump als Wahlversprechen nicht umsetzen konnte.

Doch um eine Aufwertung wird es China dabei nicht gehen. Man hat vielmehr ein starkes Interesse daran, den Renminbi vor allem in Asien zur wichtigsten Reservewährung zu machen und seine Nachbarn so noch stärker an sich zu binden. Insofern würde es – auch in Bezug auf die chinesische Idee einer «Neuen Seidenstrasse» hin – durchaus Sinn machen, den Renminbi auch über eine Funktion als Handelswährung zu pushen. Mit der reinen Frage der Transaktionswährung hat dies jedoch nicht viel zu tun.

Hedging und Warentermingeschäfte – es wird komplex

Kommt es also volkswirtschaftlich dann nur darauf an, was der Verkäufer mit den Einnahmen macht und die Transaktionswährung ist egal? Könnte Iran sein Öl dann doch auch in isländischen Kronen verkaufen? Theoretisch ja, aber darauf würden sich die Kunden wohl nicht einlassen. Denn wenn wir nicht den einzelnen Handelsvorgang, sondern die Summe aller Transaktionen betrachten, kommt ein ordentliches Volumen zusammen. Je grösser der weltweite Markt für eine bestimmte Währung ist, desto besser eignet sie sich als Transaktionswährung. Ökonomen sprechen hier von der «Liquidität» des Marktes.

Besonders wichtig ist dieser Faktor, wenn es (s.o.) um Warentermingeschäfte und die damit verbundenen Möglichkeiten geht, sich gegen Preisschwankungen abzusichern. Ein grosses ölverarbeitendes Unternehmen hat beispielsweise ein verständliches Interesse daran, sich gegen zu hohe Ölpreise abzusichern. Umgekehrt haben Ölexportureure ein ebenso verständliches Interesse daran, sich gegen zu niedrige Ölpreise abzusichern. Dies wird in der Praxis an den Finanzmärkten über sogenannte Derivate (Optionsgeschäfte, Futures) vollzogen, die vor allem für den Handel selbst eine wichtige Rolle spielen, um die Transaktionskosten und -risiken zu minimieren. Solche Derivatgeschäfte sind jedoch immer Nullsummenspiele, bei denen es eine zweite Partei benötigt, die den Gegenpart einnimmt.

Würde unser ungarischer Ölimporteur heute ein Derivat kaufen, das ihm die Lieferung von 100'000 Barrel Rohöl am 1. Juni zum Preis von 80 US-Dollar garantiert, dann braucht er einen Handelspartner, der genau diesen Kontrakt erfüllen will. Den wird er sicher finden. Einen Handelspartner, der ihm zum 1. Juni einen Preis von 11'500 Isländischen Kronen garantiert, wird er indes lange suchen müssen. Ein solcher Markt kann nur dann funktionieren, wenn möglichst viele Teilnehmer von beiden Seiten (also Käufer und Verkäufer) vorhanden sind. Und wer will sich international in Isländischer Krone gegen einen sinkenden Ölpreis absichern? Niemand. Und genau dies ist auch der Grund, warum auch weitverbreitete Währungen abseits des US-Dollars für solche Geschäfte meist eher ungern verwendet werden.

Der Markt für Rohstoffhandelsderivate in Yuan oder Rubel ist verschwindet klein und es gibt keinen weltweit anerkannten Basispreis für Rohstoffe in diesen Währungen. Selbst die zweitgrösste Währung der Welt, der Euro, ist bei Derivaten eher die Ausnahme. Solche Papiere werden weltweit vor allem in US-Dollar gehandelt und angeboten. Natürlich könnte man sich in der Theorie auch doppelt absichern – einerseits in US-Dollar gegen Schwankungen bei den Rohstoffpreisen und dann noch gegen Schwankungen der Bezugswährung gegen den US-Dollar. Das würde jedoch auch mindestens doppelt so teuer und die Gewinner wären letzten Endes nur Finanzdienstleister. Daher haben aus ökonomischer Sicht weder die Importeure noch die Exporteure

teure ein gesteigertes Interesse daran, den US-Dollar als Transaktions- oder Bezugswährung für Lieferverträge abzulösen.

Können die USA dank des Dollars Geld drucken?

In diesem Zusammenhang wird auch gerne in einigen kritischen Artikeln darauf verwiesen, dass die Dominanz des US-Dollars für die USA vor allem deshalb so wichtig sei, weil sie dadurch «Geld drucken» könnten. Auch hier drin steckt zwar ein Stück Wahrheit, aber in der Pauschalität ist das eher falsch. Richtig ist, dass die Funktion als Weltreservewährung es der US-Regierung erleichtert, Schulden aufzunehmen. Man darf sich eine Währungsreserve ja nicht als Dagobert Ducks Geldspeicher vorstellen, in dem die ganzen Devisen gehortet werden. Chinas Dollar-Reserven werden beispielsweise zum grossen Teil mittel- bis langfristig angelegt, um Zinsen zu erwirtschaften. Davon besteht wiederum ein Grossteil in der Tat aus US-Staatsanleihen. Warum? Diese Papiere sind sicher und es besteht ein gigantischer Markt für sie, so dass man sie ohne Verluste bei Bedarf auch im grösseren Massstab wieder verkaufen kann. Ob die USA deshalb aber auf China angewiesen sind, um sich verschulden zu können, ist eine andere Frage.

China hält zur Zeit US-Staatsanleihen im Volumen von 910 Mrd. USD. – das ist viel, aber weniger als in der Vergangenheit. 2013 waren es noch 1,3 Billionen US-Dollar. Doch selbst das ist im Vergleich zur gesamten Staatsverschuldung der USA, die 31,5 Billionen US-Dollar beträgt, nur ein verschwindend kleiner Teil. Auch ohne China und andere Staaten als Gläubiger könnten die USA sich problemlos in welchem Mass auch immer verschulden; und sei es – wie zu Zeiten der Finanzkrise – direkt bei der eigenen Notenbank FED. Die Zusatznachfrage durch Währungsreserven anderer Staaten hat letztlich nur einen kleineren – nicht genau zu beziffernden – Effekt auf die Höhe des Zinses. Aber auch hier könnte die FED ohne Probleme intervenieren, wenn es denn tatsächlich zu Problemen käme.

Nicht die Weltwährungsreserven, sondern die schiere Dominanz des US-Finanzsystems ist hier der entscheidende Faktor. Solange die Ersparnisse der Welt in die USA fliessen, wird auch die Nachfrage nach US-Staatsanleihen gross sein.

Soweit die Theorie – aber wie sieht es denn in der Praxis aus?

Nun sollte man aus all dem aber nicht den Schluss ziehen, dass ja eigentlich alles prima sei und die US-Dollar-Dominanz für alle Beteiligten nur Vorteile hätte. Das wäre nur dann der Fall, wenn die USA ein ehrlicher Makler wären und ihre Rolle als Hüter des Dollars verantwortungsvoll und fair verfolgen würden. Doch das Gegenteil ist der Fall. Daher lohnt es sich durchaus, die bisherigen Beispiele einmal auf Praxistauglichkeit zu prüfen.

Fangen wir mit dem banalen Anfangsbeispiel mit der Kamera aus Japan an. Natürlich könnte der deutsche Sammler jede Währung der Welt als Transaktionswährung nehmen. Das geht aber nicht, da die Währung faktisch von den Banken und Dienstleistern bestimmt wird. Welche Transaktionen beispielsweise PayPal «unter der Motorhaube» vornimmt, wissen wir nicht und wir können dies auch nicht beeinflussen. Das Einzige, was wir wissen, ist, dass PayPal sich diesen Dienst fürstlich bezahlen lässt. Nicht ganz so fürstlich aber durchaus lukrativ ist dieser Geschäftszweig auch für die internationalen Banken und mehr noch die Gross- und Investmentbanken, die die Devisen- und Warentermingeschäfte betreiben. Im Grunde stellen deren Dienstleistungen einen modernen Zehnt dar – man muss ihn abführen, wenn man international Handel betreibt, ob man dies nun will oder nicht. Und da das Weltfinanzsystem amerikanisch geprägt ist, wird sich die Dominanz des US-Dollars nicht verringern.

Was ist die Alternative? Natürlich könnte man Waren und Dienstleistungen über Währungsräume hinweg auch zu festen Preisen oder Preisen mit fixer Anpassungsklausel liefern. Das war beispielsweise bis in die späten 1990er bei den russischen Energielieferungen nach Deutschland der Fall. Hier hatten jedoch auch beide Seiten ein klares Interesse an einer solide planbaren langfristigen Perspektive. Deutschland brauchte sichere Energie zu planbaren Preisen, die Sowjetunion brauchte planbare Deviseneinnahmen und einen Abnehmer für die westsibirischen Gas- und Ölvorkommen. Ein Sonderfall. Meist geht es bei solchen Handelsbeziehungen eher darum, dass der Verkäufer seine Rendite maximieren und der Käufer seinen Einkaufspreis minimieren will. Und wenn es dann noch für ein Handelsgut einen liquiden weltweiten Markt gibt, sieht es mit der Nutzenmaximierung beider Parteien nun einmal eher kompliziert aus. Warum sollte Iran – um das zweite Beispiel heranzuziehen – erpicht darauf sein, Ungarn in der Zukunft Öl zu einem Preis zu liefern, der womöglich deutlich unter dem Weltmarktpreis liegt? Um das zu verhindern, wendet man sich an die Warenterminmärkte und hier ist es dann mit der Alternative vorbei, da man einen liquiden Markt in einer weltweit für diese Zwecke genutzten Währung benötigt.

Dass der US-Dollar überhaupt mehr und mehr an Marktanteilen verliert, ist vor allem Schuld der USA selbst. Warum das so ist, lässt sich ganz hervorragend am Beispiel des ungarisch-iranischen Ölhandels erklären. Denn auch wenn es für beide Seiten ökonomisch durchaus rational wäre, diesen in Euro oder US-Dollar abzuwickeln, so ist dies im konkreten Fall gar nicht möglich, da Iran ein Opfer der US-Sanktionen ist und amerikanischen Unternehmen jegliche Handelstätigkeit mit Iran verboten ist. Dies schliesst auch Banken und andere Finanzunternehmen ein. Und da Europa sich in der selbstgewählten Abhängigkeit von den USA

befindet, gilt dies unisono auch für den Euro. Iran kann also keine US-Dollar oder Euro aus Ungarn entgegennehmen, da es schlicht keine Bank gibt, bei der Iran ein Verrechnungskonto dafür betreiben könnte. Zudem sind Irans Banken durch die US-Sanktionen nicht mehr an das – interessanterweise europäische – SWIFT-System angeschlossen, so dass eine Überweisung schon aus technischen Gründen gar nicht möglich wäre. Will Ungarn also Öl aus Iran kaufen, so muss es zwangsläufig alternative Finanztransaktionssystem nutzen und eine andere Transaktionswährung als den US-Dollar oder den Euro nutzen.

Der kalkulierte Machtmissbrauch der USA ist es auch, der auf anderen Feldern den US-Dollar als «Weltwährung» ausscheiden lässt. So haben beispielsweise die Sanktionen gegen Russland gezeigt, dass es gar keine gute Idee ist, seine Devisenreserven in US-Dollar oder gar in Form von US-Staatsanleihen zu halten, wenn man im Visier der US-Regierung steht. Diese Reserven waren nämlich bereits nach der ersten Sanktionsrunde weg – Konten wurden eingefroren, Zahlungen wurden unterbunden, so dass Russland sogar den technischen Staatsbankrott erklären musste. Wer kann es nicht-westlichen Staaten da verdenken, dass sie nun nach Alternativen suchen?

Ist das Ende der Dollar-Hegemonie damit gekommen?

Welche Folgen hätte es denn für die USA, wenn grosse Volkswirtschaften wie China, Indien oder Russland dem Dollar farewell sagen? Nun, ein kompletter Abschied vom US-Dollar ist zumindest für China und Indien weder möglich, noch vorgesehen. Denn auch wenn der Aussenhandel sich in den letzten Jahrzehnten in Richtung Asien verschoben hat, so ist der Westen immer noch der mit Abstand grösste Handelspartner dieser Länder und dies sowohl bei den Einfuhren, als auch bei den Ausfuhren. Gleiches gilt für Südamerika und für Afrika. Andererseits ist jedoch der Handel zwischen den nicht-westlichen Ländern in den letzten Jahrzehnten gewachsen und es gibt keinen Grund, warum sich hier keine Transaktionsmechanismen entwickeln und durchsetzen sollten, die nicht auf dem US-Dollar basieren und nicht von den westlichen Finanzzentren und in letzter Konsequenz vom Wohlwollen der US-Regierung abhängen.

Diese Entwicklung ist vorherbestimmt und sie wird fortschreiten. Es ist vollkommen verständlich, dass Staaten wie Russland und Iran, die Gegenstand amerikanischer Sanktionen sind, ein Interesse haben, das Settlement und Clearing nicht über das mit dem Dollar verbundene Finanzsystem in New York vorzunehmen, wo die US-Behörden volle Zugriffsrechte haben, und daher auf andere Transaktionswährungen und -formen ausweichen.

Doch warum soll das das Ende des Dollars oder gar der Todesstoss für die USA sein? Was würde sich denn für die USA ändern, wenn z.B. China und Thailand ihren kompletten bilateralen Handel künftig in Yuan fakturieren (so sie das nicht ohnehin schon tun)? Würden dadurch die Zinsen für US-Staatsanleihen steigen? Nein. Könnten die USA sich dann nicht mehr so gut verschulden? Nein. Würde der US-Dollar an Wert verlieren? Nein. Würden die USA dadurch untergehen? Selbstverständlich nicht. Es gibt jedoch zwei wichtige Faktoren, auf die eine solche Umstellung durchaus Folgen hätte, wenn sie denn im grossen Rahmen vollzogen würde.

Da wäre zum einen das US-dominierte westliche Finanz- und Bankensystem. Dessen Akteure verdienen – wie dargelegt – an den Devisentransaktionen und mehr noch den Warentermingeschäften und dem Hedging ganz ausgezeichnet. Würden beispielsweise Banken aus Hong Kong oder Shanghai diese Rolle übernehmen, wäre dies für die USA schon ein harter Schlag, da sie ihre Weltmacht zu grossen Teilen auf den omnipräsenten Finanzsektor stützen. Das im Detail hier auszuführen, würde jedoch den Rahmen endgültig sprengen.

Zum anderen würden Alternativen zu dollar-dominierten Finanztransaktionssystemen die Macht der USA ganz konkret mindern. Sanktionen und Sanktionsdrohungen würden dann einen Teil ihrer Bedrohung einbüßen. Das ist weniger für Supermächte wie China, sondern vor allem für kleinere Staaten sinnvoll, die Gefahr laufen, ins Visier des US-Imperiums zu geraten. Würde beispielsweise der Ausschluss vom SWIFT-System und ein Einfrieren aller Devisenkonto im Westen solchen Staaten heute den ökonomischen Todesstoss versetzen, würden Alternativen, die beispielsweise der Macht Chinas unterstehen, diese Bedrohung mindern. Dass die USA dies nicht wollen, ist klar.

Nur nicht übertreiben

Es geht also durchaus um wichtige Punkte, die auch die hegemonialen Interessen der USA betreffen. Man sollte jedoch den Ball flachhalten und die Dollar-Frage als das verstehen, was sie ist – einer von vielen Faktoren, die in Kombination die Dominanz der USA bilden. Dass es Bewegungen gibt, den US-Dollar vor allem im innerasiatischen Handel zu verdrängen, ist unbestreitbar und eine vollkommen logische Entwicklung, die mit dem Aufstieg Chinas zur ökonomischen Weltmacht in Verbindung steht. Warum sollte China dem US-Finanzsektor eine Art Monopolstellung in Asien einräumen? Doch davon gehen weder die Welt noch die Supermacht USA unter.

Eine «Vernichtung» des US-Dollars ist weder wahrscheinlich, noch könnte sie im Interesse Chinas oder anderer Länder sein. Lassen Sie sich also bitte nicht durch Aussagen verrückt machen, die suggerieren, die Frage von Krieg und Frieden sei eine Frage von Währungen. Die aggressive Politik der USA ist auch so schon

schlimm genug und muss auf jeden Fall scharf kritisiert werden. Wer dies mit einer falschen – leicht zu widerlegenden – Begründung macht, verschenkt nur seine Energie und erweist der Sache einen Bären-dienst. Viel wichtiger wäre es, in diesem Kontext endlich die Dominanz der USA bei den Finanzstrukturen zur Sprache zu bringen. Denn dass die US-Behörden de facto andere Staaten vom Welthandel abschneiden können, da sie über das SWIFT-System in Belgien und Clearing-Plattformen in New York gehen, ist an sich schon bemerkenswert und kritikwürdig – und dabei spielt es dann auch keine Rolle, ob diese Staaten nun ihre Rechnungen in Dollar, Euro, Rubel oder in sambischen Kwachas bezahlen.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten>

Washington hat die Bedrohung durch ein nukleares Armageddon wieder aufleben lassen

Paul Craig Roberts

Als Teilnehmer am Kalten Krieg des 20. Jahrhunderts kann ich Ihnen sagen, dass die Kubakrise die Führer der USA und der UdSSR davon überzeugt hat, dass zwischen den beiden nuklearen Supermächten Vertrauen geschaffen werden muss, um die Differenzen zu lösen und eine Wiederholung der Spannungen auf dem Niveau der Kubakrise zu verhindern.

Präsident John F. Kennedy und der sowjetische Führer Nikita Chruschtschow arbeiteten unabhängig von ihren Militär-/Sicherheitsbehörden zusammen, um das Problem zu lösen. Beide zahlten einen hohen Preis. Präsident Kennedy wurde von der CIA und den Generalstabschefs ermordet, die entschlossen waren, den sowjetischen Feind, der ihre Macht und ihre Budgets rechtfertigte, nicht zu verlieren. Chruschtschow wurde von den Hardlinern der Kommunistischen Partei entmachtet, denen ein Entgegenkommen gegenüber dem kapitalistischen Feind suspekt war.

Nachdem sich Präsident Johnson im Vietnamkrieg des Militär-/Sicherheitskomplexes selbst zerstört hatte, erneuerte Präsident Nixon die spannungsreduzierende Politik von Präsident Kennedy. Es folgten die Strategic Arms Limitations Talks (SALT) und Rüstungsbeschränkungsabkommen. Präsident Nixon krönte sie, indem er sich China öffnete und die angespannten Beziehungen durch die «Ein-China-Politik» ersetzte. Das war wiederum zu viel für den Militär-/Sicherheitskomplex der USA, und sie inszenierten mit der Washington Post den «Watergate»-Skandal, um ihn aus dem Amt zu entfernen.

Präsident Carter versuchte, weiterhin Brücken zu bauen. Er unterzeichnete das SALT-II-Abkommen, das Nixon initiiert hatte, aber Carter hatte alle Hände voll zu tun mit Israel und Palästina. Die Situation wartete auf Präsident Reagan, um das Ende des Kalten Krieges herbeizuführen.

Präsident Reagan war ein kalter Krieger, der den Kalten Krieg beenden wollte. Er hasste das, was er «diese gottverdammten Atomwaffen» nannte. Er hielt es für schrecklich, dass die Welt weiterhin unter der Bedrohung lebte, dass sie eingesetzt werden könnten.

Präsident Reagan war überzeugt, dass die sowjetische Wirtschaft kaputt war und nicht repariert werden konnte, während die richtige Politik die US-Wirtschaft reparieren könnte. Sobald die US-Wirtschaft in Ordnung gebracht war, konnte er Druck auf die sowjetische Führung ausüben, damit diese an den Verhandlungstisch kam, indem er mit einem Wettrüsten drohte, dem die kaputte sowjetische Wirtschaft nicht gewachsen war.

Das Problem war die Stagflation, und die Lösung war das Kemp-Roth-Gesetz, das ich ausgearbeitet und dem Repräsentantenhaus und dem Senat erläutert hatte. Die republikanische Minderheit im Haushaltsausschuss des Repräsentantenhauses unterstützte es. Der demokratische Senator Russell Long, Vorsitzender des Finanzausschusses des Senats, unterstützte es ebenso wie der demokratische Vorsitzende des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses Lloyd Bentsen und der demokratische Senator im Streitkräfteausschuss des Senats Sam Nunn. Tatkräftige neue republikanische Senatoren wie Orrin Hatch und S.I. Hayakawa unterstützten es. Reagan akzeptierte es, warb dafür und ernannte mich zum US-Finanzminister, um den Gesetzentwurf aus seiner Verwaltung herauszuholen, damit der Kongress darüber abstimmen konnte. Angesichts eines weiteren Präsidenten, der entschlossen war, den Kalten Krieg zu beenden, erklärte die CIA Präsident Reagan, er dürfe das Wettrüsten nicht wieder aufnehmen, da die Sowjets gewinnen würden. Die CIA begründete dies damit, dass die sowjetische Wirtschaft geplant sei und die sowjetische Führung daher einen weitaus grösseren Prozentsatz der Ressourcen der Gesellschaft in das Militär stecken könne als Reagan.

Um mit der CIA fertig zu werden, setzte Reagan einen geheimen Ausschuss ein, der die Argumente der CIA prüfen sollte. Er setzte mich in diesen Ausschuss ein. Die Schlussfolgerung des Ausschusses lautete, dass die Position der CIA auf ihrer Macht und ihrem Status beruhte, die eine Fortsetzung des Kalten Krieges sicherten.

Die Annäherung zwischen Reagan und Gorbatschow hielt auch in der Regierung von George H. W. Bush an. Präsident Bush (senior) und Aussenminister James Baker versprachen Gorbatschow, dass es keine

Bewegung der NATO nach Osten geben würde, wenn er der Wiedervereinigung Deutschlands zustimmte. Einige amerikanische Konservative missverstehen die Politik von Präsident Reagan als eine feindliche Politik gegenüber Russland, die darauf abzielte, den Kalten Krieg zu gewinnen. Reagan sagte uns, das Ziel sei nicht, den Kalten Krieg zu gewinnen, sondern ihn zu beenden. Der Zusammenbruch der Sowjetunion war die Folge davon, dass Mitglieder der Kommunistischen Partei, die über Gorbatschows rasche Freilassung Osteuropas verärgert waren, ihn unter Hausarrest stellten und damit die Ereignisse in Gang setzten, die zum Zusammenbruch der sowjetischen Regierung führten. Dies war für Washington ebenso überraschend wie für Moskau.

In dieser kurzen Geschichte geht es darum, die Bemühungen amerikanischer Präsidenten, die Spannungen während des Kalten Krieges im 20. Jahrhundert abzubauen, mit den Bemühungen Washingtons im 21. Jahrhundert zu vergleichen, diese Errungenschaft zunichte zu machen und die Spannungen auf ihren derzeitigen Höhepunkt zu treiben.

Dieses Desaster haben wir den Neokonservativen zu verdanken. Die Neokonservativen waren für Iran-Contra verantwortlich und wurden von Präsident Reagan entlassen und strafrechtlich verfolgt. Sie wurden von Reagans Nachfolger, Präsident George H.W. Bush, begnadigt und bahnten sich ihren Weg in die Reihen der Konservativen und in politische Positionen in der Regierung. Als die Sowjetunion zusammenbrach, entwickelten sie die Wolfowitz-Doktrin, die die Hegemonie der USA über die Welt zum Hauptziel der US-Aussenpolitik erklärte.

Eine frühe Manifestation des neokonservativen Verrats war der 12. März 1999, als das Clinton-Regime die NATO nach Osten erweiterte, um die Tschechische Republik, Ungarn und Polen in die NATO einzubeziehen, und damit gegen das Versprechen versties, das Präsident George H.W. Bush und Aussenminister James Baker Gorbatschow gegeben hatten. Dies war der erste Hinweis für den jungen russischen Staat, dass das Wort der US-Regierung nichts bedeutet.

Es wurde fälschlicherweise behauptet, es habe keine solche Zusage gegeben, und wenn doch, dann gelte sie nicht, weil sie nicht schriftlich vorliege. Ich weiss mit Sicherheit, dass das Versprechen gegeben wurde, und zwar nicht nur von Washington, sondern auch von der NATO selbst. Siehe: US, UK, France Promised USSR Not to Expand NATO East of Germany, Newly Discovered Document Proves – Global Research (deutsche Übersetzung).

Der NATO-Erweiterung von 1999 folgten 2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien. Im Jahr 2009 kamen Albanien und Kroatien hinzu, 2017 Montenegro und 2020 Nordmazedonien.

Die Leser müssen verstehen, was das bedeutet. Die US-Regierung hat das ehemalige Sowjetimperium in das Imperium Washingtons umgewandelt. Washington hat bewiesen, dass die kommunistischen Hardliner der Sowjetunion Recht hatten, dass es ein Fehler ist, dem Westen zu vertrauen.

Zwölf Tage, nachdem die Tschechen, Ungarn und Polen in die NATO aufgenommen worden waren, begann die NATO ohne Zustimmung der UNO eine dreimonatige Bombenkampagne gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, die zum Zusammenbruch des Landes führte.

Im Jahr 2001 zog das neokonservative Regime von Präsident George W. Bush die USA aus dem ABM-Vertrag, dem Eckpfeiler der im 20. Jahrhundert abgeschlossenen Verträge. Der Rückzug Washingtons hatte auch die Aufhebung von START II zur Folge, denn die Zustimmung Russlands zu START II war an die Bedingung geknüpft, dass die USA im ABM-Vertrag bleiben.

Es folgten die oben beschriebenen weiteren Erweiterungen der NATO.

Im Jahr 2007 kündigte die US-Regierung an, dass in Polen an der Grenze zu Russland nuklearfähige Raketen stationiert werden sollten. Dabei wurde die eklatant falsche Behauptung aufgestellt, es handele sich um ein Verteidigungssystem gegen einen iranischen Angriff auf Europa. Eine solche Behauptung muss den Kreml nicht nur amüsiert, sondern auch beunruhigt haben.

Im Jahr 2008 fiel eine von den USA ausgebildete und ausgerüstete georgische Armee (eine Provinz der ehemaligen Sowjetunion) in Südossetien ein und tötete russische Friedenstruppen. Die russische Armee griff in den Konflikt ein, besiegte die georgische Armee rasch und zog sich zurück, womit die Behauptung widerlegt wurde, Putin wolle das Sowjetimperium wiederherstellen. Washington und seine Hurenmedien stellten den Konflikt ebenso wie den ukrainischen Konflikt als russische Invasion in Georgien falsch dar.

2014 stürzte Washington die Regierung der Ukraine und errichtete ein Marionettenregime. Das Regime begann mit Angriffen auf die russische Bevölkerung im Donbass. In den folgenden acht Jahren wurden Tausende von Russen von Neonazi-Milizen und ukrainischen Streitkräften ermordet, während Präsident Putin vergeblich versuchte, den Westen zur Einhaltung des Minsker Abkommens zu bewegen. Die führenden Politiker Frankreichs und Deutschlands, die das Minsker Abkommen unterzeichnet haben, haben kürzlich zugegeben, dass es ein Trick war, um Putin zu täuschen, während die USA und die NATO eine grosse ukrainische Armee aufbauten und ausrüsteten. Im Februar 2022 war diese Armee bereit, in die Donbass-Region einzumarschieren und die beiden unabhängigen Republiken zu beseitigen, was die russische Intervention provozierte.

2014 kam es auch zum Abschuss des Malaysia-Airlines-Fluges 17, der fälschlicherweise Russland angelastet wurde und dazu diente, eine Propagandakampagne gegen Russland in Gang zu setzen und die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu rechtfertigen.

2018 zog Präsident Trump, der von der falschen «Russiagate»-Erzählung niedergeschlagen wurde, die USA aus dem INF-Vertrag zurück, um zu beweisen, dass er Russland gegenüber hart ist und kein russischer Agent.

Ebenfalls 2018 gab es den erfundenen Fall der angeblichen Vergiftung von Sergej und Julia Skripal im Vereinigten Königreich mit russischem Nervengas, den sie irgendwie überlebten. Der angebliche Vorfall wurde Putin in die Schuhe geschoben. Die Skripals verschwanden auf mysteriöse Weise und wurden seither nicht mehr gesehen oder von ihnen gehört.

Im Jahr 2020 zog sich Washington aus dem Vertrag über den Offenen Himmel zurück.

Im Dezember 2021 und Januar 2022 bemühte sich der Kreml intensiv um ein gegenseitiges Sicherheitsabkommen mit den USA und der NATO und wurde vom US-Aussenminister und dem NATO-Generalsekretär kalt abgewiesen. Stattdessen wurde eine grosse ukrainische Armee an der Grenze zum Donbass in Stellung gebracht, und es begann ein schwerer Beschuss, der im Februar 2022 die Russen ins Land brachte.

Im Jahr 2022 wurden weitere Sanktionen gegen Russland verhängt, und Russlands Auslandsreserven wurden beschlagnahmt. Massive Waffenlieferungen aus den USA und der NATO trafen in der Ukraine ein. Im September 2022 sprengten die USA und das Vereinigte Königreich die Nordstream-Gaspipelines. Washington beschuldigte Russland, seine eigenen Pipelines zu sabotieren.

Die Bemühungen amerikanischer Präsidenten des 20. Jahrhunderts, den Kalten Krieg zu beenden, die Rüstung einzudämmen und die Möglichkeit eines Atomkriegs zu verringern, wurden von neokonservativ dominierten Regierungen des 21. Jahrhunderts völlig zunichte gemacht. Die Spannungen sind heute weit aus grösser als zu irgendeinem Zeitpunkt während des Kalten Krieges im 20. Jahrhundert. Heute erklärt der Kreml offen, dass die russische Regierung kein Vertrauen in den Westen hat und glaubt, dass der Westen Russland zerstören will. Dies ist äusserst gefährlich. Während des Kalten Krieges gab es zahlreiche Fehlalarme wegen ankommender Interkontinentalraketen, aber keine Seite schenkte ihnen Glauben, weil die laufenden Verhandlungen einen Rahmen des gegenseitigen Vertrauens geschaffen hatten. Diese Errungenschaft wurde von der amerikanischen Führung des 21. Jahrhunderts verspielt, die in Verfolgung des neokonservativen Ziels der US-Hegemonie die Tür zu einem nuklearen Armageddon weit offen gelassen hat.

Die Situation ist sogar noch schlimmer, als die Weltuntergangsuhr der Atomwissenschaftler anzeigt. Die richtige Zeit ist eine Nanosekunde vor Mitternacht.

Und es gibt niemanden im Westen, der dies berücksichtigt. Es gibt keine Präsidenten wie Kennedy, Nixon, Reagan oder Experten wie Steven Cohen mehr. Amerikas aussenpolitische «Experten» sind eine Ansammlung von Huren mit Militär-/Sicherheitszuschüssen und Beraterfirmen, und die Presstituierten unterstützen die offiziellen Narrative, anstatt sie zu untersuchen. Wie ich bereits berichtet habe, stellt David Johnson von der George Washington University täglich eine Liste von Medien- und Wissenschaftskommentaren zu den Beziehungen zwischen den USA und Russland zur Verfügung. Die Realitätsferne fast aller dieser Kommentare ist unglaublich. Es ist schwer zu glauben, dass die aussenpolitische Gemeinschaft, die uns durch den Kalten Krieg gebracht hat, durch russophobe Emotionen ersetzt wurde, die nicht in der Lage sind, objektiv zu argumentieren und sich der gefährlichen Situation, die sie geschaffen haben, nicht bewusst sind.

Stattdessen plappern die Neokonservativen darüber, wie wir einen Atomkrieg gewinnen können.

Wir sind eine Supermacht, die durch das völlige Fehlen jeglichen Bewusstseins und jeglicher Führung zu einer Gefahr für sich selbst und für die ganze Welt geworden ist.

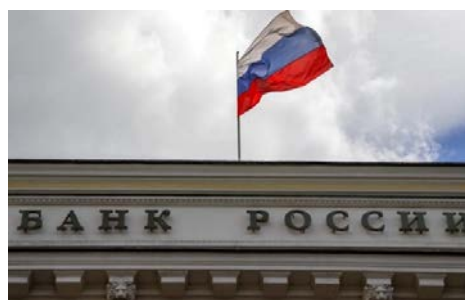
erschieden am 19. Januar 2023 auf Paul Craig Roberts' Website

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2023_01_19_washington.htm

Russland – Völlig isoliert?

Über 91,5% der westlichen Firmen sind in Russland geblieben

Donnerstag, 19. Januar 2023, von Freeman-Fortsetzung um 11:12



Von wegen ist Russland isoliert. Und die Amis haben letztes Jahr so viel Öl von Russland importiert wie noch nie. Wann erwacht der Vassall Europa ?



<https://www.watson.ch/wirtschaft/international/641174249-nur-8-5-prozent-westlicher-firmen-sind-laut-studie-weg-aus-russland>

Nur 8.5 Prozent von Unternehmen aus Staaten der G7-Gruppe und der Europäischen Union (EU) haben sich seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine aus Russland zurückgezogen. Das sagen Forscher der Universität St. Gallen und der Businessschule IMD in Lausanne.

Wie die Universität St. Gallen (HSG) am Donnerstag mitteilte, widerlegt die Untersuchung der beiden Forscher die oft gehörte Behauptung, westliche Unternehmen hätten den russischen Markt in grossem Umfang verlassen.

Autoren der Studie sind der HSG-Professor Simon Evenett und der IMD-Professor Niccolò Pisani.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2023/01/russland-vollig-isoliert-ueber-915-der.html#ixzz7qvM7WMVN>



Ein Artikel von: Albrecht Müller; 19. Januar 2023 um 7:58

Gestern beschrieben wir das Werben des ZDF für Waffenlieferungen: Dauerpropaganda im ZDF. Kernbotschaft: Aufrüsten! Heute müssen wir auf ein ähnliches Bild bei der Tagesschau hinweisen. Undifferenzierte, unkritische Plädoyers für Waffenlieferungen, geradezu eine einfältige Berufung auf Davos und Bewunderung für den Verteidigungsminister der USA. Kanzler Scholz wird kritisiert, weil er angeblich mit einem Ja für die Lieferung des Leopard 2 zögert. Er wird offensichtlich weichgeklopft, falls das überhaupt nötig ist. Albrecht Müller.

Gelegentlich schaue ich in den frühen Morgenstunden auf der Webseite der Tagesschau vorbei – nicht in der Hoffnung, eine differenzierte Übersicht über das Geschehen zu erhalten, stattdessen in der Erwartung, einen schnellen Überblick darüber zu gewinnen, was im deutschen Hauptmedium gerade an Stimmung gemacht wird. So auch heute wieder. Um 7 Uhr folgendes Bild:

Aufmacher: Ein Foto mit Kanzler Scholz im Kreis von Militärs vor einem Panzer mit einer grossen Kanone, vermutlich einem Leopard 2. Darunter die Überschrift: «Kampfpanzer für die Ukraine?»; «Leopard»-Lieferung – unter einer Bedingung

Dann im Bericht eingeblendet:

Debatte um «Leopard-2»-Lieferung; Partner hoffen auf Scholz und die Panzer

Stand: 18.01.2023 11:49 Uhr

Dann ein freundlicher Bericht über den neuen Bundesverteidigungsminister Pistorius.

Dann eine Lobeshymne auf den US-amerikanischen Verteidigungsminister Austin:

PORTRÄT: Pentagon-Chef Austin Ex-General mit viel Erfahrung

Stand: 19.01.2023 03:26 Uhr

US-Verteidigungsminister Austin leitet die Treffen der Ukraine-Kontaktgruppe und ist heute zu Gesprächen in Berlin. Mit Militäreinsätzen und Konfliktregionen hat der ehemalige Vier-Sterne-General reichlich Erfahrung. Von Claudia Sarre, ARD-Studio Washington. Also keine Kritik an den US-Kriegen. Dafür Bewunderung für die Erfahrung des US-Verteidigungsministers in diesen Kriegen.

Dann ...: LIVEBLOG

Krieg gegen die Ukraine + USA planen offenbar neue Waffenlieferungen +

Stand: 19.01.2023 06:23 Uhr

Die USA bereiten Berichten zufolge neue umfangreiche Waffenlieferungen an die Ukraine vor – «Abrams»-Panzer sollen nicht darunter sein. Die UN prangern den Rückstand beim Getreideabkommen an. Alle Entwicklungen im Liveblog.

Dann kommt die erste Meldung zu einem anderen, wenn auch verwandten Thema, zum Absturz eines Hubschraubers in der Ukraine. Und dann folgen andere Meldungen.

Das Fazit insgesamt: Es wird Stimmung für Waffenlieferungen und für Krieg gemacht. Der öffentlich-rechtliche Auftrag ist offensichtlich vergessen. Statt Aufklärung: Propaganda.

P.S.: Viele Leser werden vermutlich einwenden, sie würden diese Sendungen gar nicht sehen und viele andere Menschen, vor allem junge Leute würden von ARD und ZDF auch nicht mehr erreicht. Dieser Einwand ist zum Teil richtig. Aber eben nur zum Teil. Die öffentlich-rechtlichen Sender ARD, ZDF und Deutschlandfunk erreichen nicht mehr so viele Menschen wie vor 30 Jahren. Aber sie erreichen immer noch viele und die kommerziellen Sender sind nicht besser. Und was im Internet angeboten wird, macht den Gesamteindruck auch nicht besser.

P.S. 2: Zur Information: Eine Leserbriefsammlung zum gestrigen Bericht über das ZDF folgt. Zusammen mit den Leserbriefen auf diesen Beitrag.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=92676>



Ein Artikel von: Florian Warweg; 19. Januar 2023 um 9:00

Ein Abgeordneter fragt die Bundesregierung, welche internationalen Kriege seit 1991 diese als völkerrechtswidrig einstuft. Das Antwortschreiben des Auswärtigen Amtes, welches den NachDenkSeiten vorliegt, ist an

praktizierter Doppelmoral kaum zu überbieten. Man bewerte nur den aktuellen «Angriffskrieg Russlands» als «völkerrechtswidrig». Eine «rückblickende völkerrechtliche Bewertung» anderer Kriege etwa der USA, Saudi-Arabiens oder der Türkei erachtet die Bundesregierung nach eigener Darlegung als nicht zielführend. Ein Offenbarungseid besonderer Güte. Von Florian Warweg.

«Welche Kriege (internationale bewaffnete Konflikte) seit 1991 sind nach der völkerrechtlichen Einschätzung der Bundesregierung als völkerrechtswidrig einzustufen, und welcher Staat ist nach Einschätzung der Bundesregierung in diesen Kriegen als Aggressor einzuordnen?»

So die Schriftliche Frage des Bundestagsabgeordneten und Obmann im Auswärtigen Ausschuss, Petr Bystron (AfD), an die Bundesregierung. In der Frage verweist er zudem als Beispiel auf eine Stellungnahme des SPD-Stadtverbandes Göttingen vom 28. November 2022, in welcher die damals laufenden Angriffswellen der türkischen Armee «auf alle kurdischen Gebiete» als «brutal und völkerrechtswidrig» bezeichnet werden und zudem der SPD-Bundesvorstand und die Bundesregierung aufgerufen werden, die Angriffe Ankaras durch die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) untersuchen zu lassen.

Am 16. Januar beantwortet die Staatssekretärin im Auswärtigen Amt, Susanne Baumann, die Schriftliche Frage im Namen der Bundesregierung. Aus Dokumentations- und Transparenzgründen dokumentieren wir die Antwort im Wortlaut.

«Sehr geehrter Herr Abgeordneter, Ihre Frage (...) beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung führt völkerrechtliche Bewertungen internationaler bewaffneter Konflikte nur aus jeweils aktuellem Anlass durch, wie etwa zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine.

Eine rückblickende völkerrechtliche Bewertung sämtlicher Kriege bzw. internationaler bewaffneter Konflikte seit 1991 durch die Bundesregierung gibt es nicht. Dies würde den für den zur Beantwortung einer schriftlichen Frage zur Verfügung stehenden zeitlichen Rahmen überschreiten und darüber hinaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben.»

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de>

In den Häusern der Anderen

Autor Vera Lengsfeld, Veröffentlicht am 19. Januar 2023

Unsere woken Politiker und Medien steuern gerade auf den Dritten Weltkrieg zu und allen, die sich fragen, wie das sein kann, sei gesagt: Weil die Folgen des Zweiten Weltkriegs noch immer nachwirken. Das wird so lange so bleiben, bis sich die Gesellschaft den Problemen stellt, die auf politische Entscheidungen im und nach dem Krieg zurückgehen.

Zu den gravierendsten gehört, dass mit dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 Grenzen in Osteuropa gezogen wurden, die bis heute Bestand haben.

Kurz nach dem Einmarsch der Nazis in Polen folgte der Einmarsch der Sowjets in Ostpolen. Schon auf der Konferenz der Alliierten in Jalta im Februar 1945 wurde Osteuropa, besonders das Baltikum und Ostpolen, vom Westen verraten und Stalin überlassen.

Nach Kriegsende hatte das für die Bewohner Ostpolens zur Folge, dass sie ihre Heimat verloren und in die ehemaligen deutschen Gebiete umgesiedelt wurden, die Polen dafür als «Ausgleich» erhielt.

Es war ein Bevölkerungsaustausch gigantischen Ausmasses. Konnte man bei der Abschiebung der in den nun polnischen Gebieten verbliebenen Deutschen geltend machen, dass es die gerechte Strafe für die von Deutschen begangenen Kriegsverbrechen handelte, traf das nicht auf die Ostpolen zu, die sich nichts vorzuwerfen hatten, aber den Hass Stalins und seiner Anhänger auf Polen zu spüren bekamen. Dieser Hass ging so weit, dass viele Siedlungen nach Kriegsende noch von den Sowjets in Brand gesteckt wurden, bevor die neuen Bewohner sie in Besitz nehmen konnten, wie Cammin (Kamień Pomorski) oder Kolberg (Kołobrzeg), um nur einige zu nennen.

Karolina Kuszyk hat nun ein sehr verdienstvolles Buch vorgelegt, das sich mit der brisanten, aber bislang in Deutschland kaum gestellten Frage beschäftigt, wie Menschen, die von der Politik zu Heimatlosen gemacht wurden, sich fühlten, wenn sie die Häuser, die Ländereien und den Hausrat der geflüchteten oder vertriebenen Deutschen in Besitz nehmen sollten.

Schon vor dem Potsdamer Abkommen gab es ein Zentrales Umsiedlungskomitee, das mit grossem Propagandaaufwand die Umsiedlung in die «Wiedergewonnenen Gebiete» betrieb: «Ihr wollt Brot? Im Westen gibt es Brot! Ihr wollt Land? Im Westen gibt es Land!»

Zuerst kamen diejenigen, die in Ost-, oder Zentralpolen ihre Häuser verloren hatten. Ab 1946 waren es aber hauptsächlich Zwangsumsiedler der Aktion «Weichsel»: ethnische Ukrainer, Bojken, Lemken und Juden, die auf einen Neuanfang hofften. Letztere verliessen spätestens nach dem Pogrom von Kielce wieder das Land. Manche zogen weiter nach Westen, nach Deutschland.

Besonders die Ankömmlinge aus dem Osten sind beim Anblick Niederschlesiens erstaunt. Sie hatten erwartet, in eine öde Steppe zu kommen und fanden stattdessen ein vorbildlich bewirtschaftetes Land vor. Sie

kannten aus ihrer Gegend vor allem Holzhäuser und fühlten sich in den Steinbauten fremd, in denen sie zum Teil Gerätschaften vorfanden, von denen sie nicht wussten, wozu sie dienten. Sie wussten nicht, ob sie bleiben würden oder eines Tages weiterziehen müssten und kümmerten sich nur um das Allernotwendigste. Felder wurden nicht bestellt, Häuser nicht repariert. Schwierig war, die Sachen zu benutzen, die die Deutschen hinterlassen hatten.

Staatlicherseits wurde mit viel Aufwand die Polonisierung der «Wiedergewonnen Gebiete» betrieben. Orte und Strassen wurden umbenannt, Denkmäler abgeräumt und Friedhöfe planiert. Vor allem sollten deutsche Inschriften von den Hauswänden entfernt werden. Diese Aufgabe konnte nicht vollendet werden. Das lag zum einen an der schieren Grösse des Gebietes, zum anderen daran, dass viele Polen begannen, sich mit dem Problem zu beschäftigen, dass ihre neue Heimat, oder was sie dazu machen wollten, ehemals deutsches Gebiet war. Kuszyk hat Dutzende, wahrscheinlich hunderte Interviews geführt, um zu erfahren, wie sich die neuen Bewohner gefühlt haben. Was waren ihre Motive, deutsche Häuser, Kirchen, Friedhöfe, Parks oder Schlösser wieder aufzubauen? Entwickelten sie eine eigene Identität in der neuen Umgebung oder blieben sie Fremde?

Während in Deutschland das Thema Zwangsumsiedlung mit einem Tabu belegt war und die Mehrheitsgesellschaft nicht am Schicksal von 10 Millionen Deutschen interessiert war, die alles verloren hatten, erschienen in Polen ab den 60er Jahren Bücher, die sich mit Heimatverlust und heimisch werden in einem fremden Gebiet beschäftigten. Für die jüngeren Autoren war das Aufwachsen inmitten deutscher Hinterlassenschaften ein grosses Thema.

Kuszyk beschäftigt sich aber nicht nur mit Einzelschicksalen, sondern mit den politischen und verwaltungsrechtlichen Entscheidungen. Dazu gehört auch das bittere Kapitel, wie die polnischen Kommunisten mit jüdischem Eigentum umgegangen sind. Nach 1945 entstanden 3 neue polnische Wörter: *poniemieckie*, *podworskie*, *pozydowskie*: ehemals deutsch, ehemals höfisch (d.h. adlig) und ehemals jüdisch. Auch den Juden wurde ihr Eigentum nicht zurückgegeben. Kuszyk erzählt die Geschichte eines jüdischen Künstlers aus München, der einen Restitutionsantrag für das Haus seines Grossvaters gestellt und bis zum Erscheinen des Buches keine Antwort bekommen hat. Eine der anrührendsten Geschichten ist ebenfalls mit diesem Künstler verbunden. Als er sich einer Gruppe anschliesst, die Stollen erkundet, die von Häftlingen des KZ Gross Rosen angelegt wurden, erfährt er, dass einer der wenigen Überlebenden ein Buch über die mörderische Zwangsarbeit geschrieben hat. Wie sich herausstellte, war es der verschollen geglaubte Bruder seines Grossvaters.

Kuszyks Stärke ist die Empathie, mit der sie das Thema behandelt. Sie lässt auch Deutsche, die geflüchtet sind oder vertrieben wurden, zu Wort kommen. Sie nimmt nicht Partei, sondern schreibt gegen jede ideologische Vereinnahmung des Themas an. Die paar Einsprengsel, in denen sie sich mit Erika Steinbach und dem Bund der Vertriebenen beschäftigt, wirken wie Fremdkörper, als seien sie vom Verlag bestellt, damit er sich trauen kann, das Buch zu veröffentlichen.

Ganz nebenbei vermittelt Kuszyk eine ganze Menge Kultur-, Technik- und Wissenschaftsgeschichte. Insgesamt entsteht ein sehr eindrückliches Bild von den für Deutschland verlorenen Gebieten. Man bekommt Lust, die beschriebenen Orte und Projekte selbst in Augenschein zu nehmen.

Ich werde im Frühling oder Sommer bestimmt den im «Tal der Liebe» wieder erstandenen Landschaftspark an der unteren Oder besuchen.

Ich hoffe, es sehen sich viele Landsleute an, was die Polen aus den «wiedergewonnenen», kriegszerstörten, geplünderten, vernachlässigten und wieder zum Blühen gebrachten Gebieten gemacht haben. Sie sind jetzt Teil unserer gemeinsamen europäischen Geschichte.

Karolina Kuszyk: *In den Häusern der Anderen*, Links-Verlag

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2023/01/19/in-den-haeusern-der-anderen/>



Ein Artikel von Rupert Koppold; 19. Januar 2023 um 12:53

In der Ukraine hat das neue Jahr wieder mit Ehrungen des Nazi-Kollaborateurs Stepan Bandera begonnen. Dies wird auch gar nicht verheimlicht, es ist Teil eines staatlich verordneten Heroenkults. Die bellizistisch gewordenen Medien im Westen tolerieren das, indem sie lieber wegschauen. Von Rupert Koppold.

Oberkommandeur der ukrainischen Streitkräfte verehrt Nazi-Kollaborateur und Antisemiten

Glückwunsch mit Leichen: Für den 1. Januar, an dem in der Ukraine nicht nur das neue Jahr, sondern auch der Geburtstag des zum Nationalhelden erkorenen Stepan Bandera gefeiert wird, hat sich dessen Fan-Gemeinde etwas Besonderes ausgedacht. Sie marschiert diesmal nicht nur durch die Strassen, sie stellt auch – mit Hilfe eines Computer-Bots – ein aus Körpern toter russischer Soldaten arrangiertes Porträt des Antisemiten, Rassisten, Faschisten und Nazi-Kollaborateurs Bandera ins Netz. Andere Glückwünsche sind weniger makaber, dafür aber offiziell: «Alles Gute zum Geburtstag. Ruhm der Nation», so twittert etwa der Armeeeoffizier Anatoli Stefan auf einem Foto, das den Oberkommandeur der ukrainischen Streitkräfte, Walerij Saluschnyi, vor einem gemalten Bandera-Porträt zeigt. Das Foto sei echt, stellen die ukrainefreundlichen Fact-Finder von Correctiv zähneknirschend fest.

Das Bandera-Erbe sei als Handlungsanweisung zu verstehen, so zitiert am 2. Januar die israelische Zeitung «Haaretz» (und warum eigentlich sonst kaum jemand?) aus dem Twitter-Account des ukrainischen Parlaments. Der Oberkommandeur Saluschnyi sei sich dessen sehr bewusst. Dieses Parlament erklärt auch, dass «der komplette und totale Sieg des ukrainischen Nationalismus» dann feststehe, «wenn das russische Reich aufgehört hat zu existieren». Haaretz erinnert allerdings an Israels früheren Präsidenten Reuven Rivlin und an den jetzigen Isaac Herzog, die davor warnen, Antisemiten und Nazikollaborateure zu «glorifizieren», es sei an der Zeit, dass die Ukraine sich mit ihrer Vergangenheit auseinandersetze.



Deutsche Jungliberale mit Fascho-Gruss

Und weiter hinein ins neue Jahr: Beim Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar posieren die Jungen Liberalen mit dümmlich-stolzem Konfirmandenlächeln vor der Stuttgarter Oper und halten ukrainische Flaggen hoch. Auf denen steht, als hätte sich die Jungschar von Orwells «1984» und dessen Doublespeak-Slogans («Krieg ist Frieden») inspirieren lassen: «Krieg beenden, Panzer senden!» Alternativ steht auf den Fahnen der sendungsbewussten Jungliberalen «Slawa Ukrajini», ein inzwischen nicht nur von ukrainischen Ultranationalisten, sondern auch von deutschen Politikern benutzter Gruss, zu dem der Journalist Denis Trubetskoy schon 2018 konstatiert:

«Zwar stammt «Ruhm der Ukraine» schon aus der Zeit des Unabhängigkeitskampfes 1917/18. Besonders assoziiert wird die Formel, in der Variante mit der «Helden»-Antwort, aber mit der «Organisation Ukrainischer Nationalisten», kurz OUN um Stepan Bandera.»

Deutscher Regierungsdiskurs: Ukraine verteidigt unsere Freiheit und Demokratie

In der heutigen Ukraine jedoch werden laut Baerbock, Habeck, Hofreiter, von der Leyen, Strack-Zimmermann und Co. Freiheit und Demokratie verteidigt. Es werden dort also keine Faschisten als Vorbilder und Nationalhelden gepriesen, auch keine Oppositionsparteien verboten, auch nicht deren Chefs verhaftet, auch keine Gewerkschaftsrechte beschnitten, auch keine Minderheiten drangsaliert, auch keine Medien zensiert oder verboten? Und schon gar nicht gibt es dort eine mit dem ukrainischen Innenministerium und dem Geheimdienst im Bund stehende Internet-Denunziationsseite namens «Mirotworez», die Namen und Adres-

sen von Oppositionellen und angeblichen Russenfreunden veröffentlicht? Dass der in Grossbritannien erstellte «Democracy Index» die Ukraine nicht als Demokratie einstuft, sondern als «Hybrides Regime», muss also ein Irrtum sein. Denn hybride Regime sind definiert durch Wahlfälschungen, durch Regierungen, die Druck auf die Opposition ausüben, die keine unabhängige Justiz haben, die weitgehend korrupt sind, die die Medien bedrängen – und so weiter und so fort.

Ethnische Säuberung als Grundverständnis der OUN

Kleiner Einschub zur Erinnerung an die Untaten Banderas und seiner OUN, von denen bei uns kaum jemand weiss oder wissen will: Der Historiker Grzegorz Rossoliński-Liebe etwa schreibt: «Allen OUN-Mitgliedern war seit Mitte der 1930er Jahre klar, dass die Führung von ihnen erwartet, bei einer passenden Gelegenheit – wie zum Beispiel einem Krieg – die Ukraine ethnisch zu säubern. Als Methoden wurden Vertreibung und Massenmord verstanden und viele Nationalisten waren bereit, entsprechend zu handeln ... die Zusammenarbeit im Holocaust funktionierte einwandfrei. OUN-Mitglieder schlossen sich der ukrainischen Polizei im Distrikt Galizien und Wolhynien an. Sie und ebenso viele «gewöhnliche» Ukrainer halfen den deutschen Besatzern, 800'000 Juden in der Westukraine zu ermorden. Der OUN kam das entgegen, weil es ein Teil ihres Plans war, die Ukraine in ein ethnisch-homogenes Land zu verwandeln... Auf diese Weise wurde die Westukraine Ende 1944 zu einem überwiegend ethnisch-homogenen Gebiet. Die meisten Juden waren ermordet und Polen entweder ermordet oder vertrieben ...» In der Ukraine steht Kritik an Bandera und der OUN seit 2015 unter Strafe.

Es ist geradezu obszön, wenn die heutige Ukraine sich wegen russischer Angriffe so besorgt um die Gedenkstätte Babi Jar zeigt, sich selber bei der Judenvernichtung «nur» als Opfer sieht – und gleichzeitig die Mittäter feiert. Der schwedische Historiker Per Anders Ruding formuliert es 2017 in einem Interview noch moderat: «Es ist auch ein politisches Thema, wenn zum Beispiel das ukrainische Erinnerungsinstitut («memory institute») beschliesst, ein die OUN glorifizierendes Denkmal am Ort des grössten Holocaust-Einzelmassakers zu errichten, an dem, in aller Wahrscheinlichkeit, OUN-Paramilitärs unter den Tätern dieser Grausamkeiten waren.»

In der Ukraine aber werden OUN-«Helden» schon lange geehrt, vor allem natürlich Stepan Bandera, nach dem Strassen und Plätze umbenannt und für den Statuen aufgestellt werden. Die Statue in Lwiv respektive Lemberg, Hochburg des «Helden»-Kults und Banderas Geburtsstadt – in deren Zitadelle die Nazis 140'000 russische Kriegsgefangene verhungern liessen – diese Statue ist sieben Meter hoch. Im vergangenen Jahr beteiligte sich die Ukraine an der Venedig Kunst-Biennale mit einer durch Sandsäcke geschützten Statue. Ob sich unter dieser Hülle auch Stepan Bandera verbarg?

Der Böse ist immer der Russe

In deutschen Medien sind Bandera-Statuen kaum zu sehen. Aber an der Lemberger Benennung einer Bandera-Strasse haben sich, so schreibt Telepolis am 28.2.2019, auch deutsche Städte solidarisch beteiligt. Die Stadt Leipzig etwa, so heisst es da, «will in der dortigen «Bürgerbeteiligung» zur Bandera-Strasse sogar eine «wesentliche Qualität» demokratisch verfasster Gesellschaft erkennen». Telepolis zufolge sieht der Städtepartner Freiburg im Breisgau «die laut Oberbürgermeister Martin Horn «hin und wieder negativen Entwicklungen» in Lemberg entsprechend gelassen». Er kann immer noch gelassen sein, weil über böse ukrainische Sachen bei uns selten berichtet wird. Der Böse ist immer der Russe. Glenn Greenwald, massgeblich an der Veröffentlichung der Snowden-Enthüllungen zur NSA beteiligter Journalist, konstatiert im April 2022 in Bezug auf die westliche Ukraine-Berichterstattung: «Man kann so viele Lügen und so viel Desinformation verbreiten, wie man will, vorausgesetzt, sie sind dazu da, die Nato-Agenda für die Ukraine voranzubringen.»

Exkurs

Die Heinrich-Böll-Stiftung veröffentlichte am 20.2.2014, also an jenem Tag, an dem auf dem Majdan in Kiew Dutzende von Menschen von Scharfschützen ermordet wurden (und nur drei Tage vor dem Machtwechsel!), den Aufruf einer «Gruppe von Sozial- und Geisteswissenschaftlern», die sich nach Selbstaussage «mit ukrainischer nationaler Identität befassen». Die Unterzeichner erweisen sich tatsächlich als Ukraine-Lobbyisten, sie wissen wohl, dass das rechte Lager die Proteste dominiert und am besetzten Rathaus Bandera-Porträts prangen. Aber gerade deshalb wollen sie westliche Medien darauf einschwören, nicht mehr Journalismus, sondern Propaganda zu betreiben. Sie raten also «Kommentatoren, etwa solche aus dem linken Spektrum, bei ihrer berechtigten Kritik des radikal ethnonationalistischen Lagers im EuroMaidan vorsichtig zu sein, da entsprechende Texte leicht von Moskau «Polittechnologen» instrumentalisiert werden können, um Putins geopolitische Projekte umzusetzen». Die Unterzeichner haben auch schon im Voraus Verständnis für mörderische Mittel: «Angesichts der angewachsenen Regierungsgewalt, welche als Staatsterror gegen die ukrainische Bevölkerung bezeichnet werden kann, halten mehr und mehr einfache Ukrainer wie auch Kiewer Intellektuelle friedlichen Widerstand für inzwischen wirkungslos ...»

Für die mehr als hundert Erschossenen macht die neue Regierung damals sofort die alte verantwortlich und erklärt sie zu «Märtyrern». In einer 2015 erstellten und immer wieder ergänzten Studie zu den Majdan-Vorgängen jedoch – es geht unter anderem um Schusswinkel, Eintrittswunden und Munition – verwirft Ivan Katchanovski von der Universität Ottawa diese Behauptung und kommt zu dem Schluss, «... dass das Massaker eine «false flag-Operation» war, dass die Mörder überwiegend dem rechten Sektor angehörten und dass alles «rational geplant wurde und ausgeführt mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen und die Macht zu übernehmen». (Siehe dazu auch das Interview mit dem geflüchteten ukrainischen Staatspräsidenten Nikolai Asarow, das Stefan Korinth 2016 für Telepolis führte.)

Das Putschregime entfesselt bald einen Krieg in der russischsprachigen Ostukraine, die diese neue Regierung nicht als solche anerkennen will, und dieses Regime tut dies mit Hilfe von Neo-Nazis und Bandera-Verehrern wie etwa der Asow-Gruppe. Über deren terroristische Aktivitäten («a white supremacist militia») hat das Time-Magazin noch im Jahr 2021 ausführlich berichtet. Jetzt aber, und bei uns in Deutschland, betreiben sogenannte Ukraine-Experten wie Alexander Umland oder Anton Schechowzow die Reinwaschung von Asow. Schechowzow schreibt in der Zeit (5.5.2022): «Das Asow-Regiment ist keine extremistische Organisation.» Er spricht von einer «Heldengeschichte». Umland und Schechowzow sind Unterzeichner des oben erwähnten Aufrufs, sie praktizieren in unseren Medien also genau jene Ukraine-Propaganda, die sie auch von anderen erwarten.

Holocaust-Vergleich kein Tabu mehr für deutsche Leitmedien

In Israel reagieren Medien und Politik manchmal noch empfindlich, wenn etwa der ukrainische Präsident Selensky bei seinem Videoauftritt im Parlament den jetzigen Krieg mit dem Holocaust vergleicht. In Deutschland aber wird auch dieses Tabu gebrochen, wird also die sonst immer wieder angeführte Singularität des Holocaust aufgehoben. Putin sei wie Hitler oder wie Hitler und Stalin zugleich, so flott und masslos wird in unseren Medien fabuliert. Carolin Emcke etwa berichtet in der SZ vom 9.4.2022 nach einem Besuch in Lemberg/Lviv, von einem «russischen Vernichtungsrausch» (von dem sie allerdings nur gehört hat), und sogar die Bundeszentrale für politische Bildung erklärt: «Städte wie Mariupol oder Charkiw und deren Umgebung erleben nicht zum ersten Mal einen Vernichtungskrieg. Vor 80 Jahren verwüstete die Wehrmacht das Land und tötete rund ein Viertel der Bevölkerung.»

Der Begriff «Vernichtungskrieg» wurde bisher fast nur für den von einem ungeheuren Auslöschungstrieb geprägten Nazikrieg im Osten verwendet. Die inflationäre Gleichsetzung dieses Nazi-Kriegs mit dem jetzigen Ukrainekrieg ist nicht nur fahrlässig, sie ist bewusste Geschichtsklitterung. Wer auf russischer Seite das absolut Böse verortet, der will nicht verhandeln.

Einer, der beim tatsächlichen Nazi-Vernichtungskrieg als Generalmajor der Abteilung «Deutsche Heere Ost» beteiligt war, heisst Reinhard Gehlen. In dem gerade ausgestrahlten und in seiner kompromisslosen Schärfe fast schon erstaunlichen ARD-Sechsteiler «Alte Freunde, neue Feinde» (auch in der Mediathek) ist zu sehen, wie dieser Mann im Jahr 1954 mit Unterstützung der Bundesregierung und der US-Dienste die naziverseuchte «Organisation Gehlen» aufgebaut hat. Diese sabotiert dann alle Bemühungen des Verfassungsschutz-Konkurrenten Otto John, der zum Stauffenberg-Kreis gehörte, deutsche Nazi- und Kriegsverbrecher aufzuspüren. Die «Organisation Gehlen», 1956 zum Bundesnachrichtendienst «befördert», spielt eine Schlüsselrolle im Kalten Krieg und im Kampf des Westens und seiner Geheimdienste gegen den Kommunismus. (Inzwischen bedienen sich deutsche Medien ungeniert bei Verlautbarungen vor allem des britischen Geheimdiensts – so als wäre ein Geheimdienst eine seriöse Nachrichtenagentur.)

Bandera, Gehlen und der Bundesnachrichtendienst

Und wieder kommt Stepan Bandera ins Spiel, der von 1941 bis 1944 komfortabel als Nazi-Ehrenhäftling in Sachsenhausen untergebracht war (ein Disput unter Faschisten) und nach dem Krieg, sowie zahlreiche seiner OUN-Kumpane, im Verbund mit westlichen Geheimdiensten gegen den Sowjet-Kommunismus kämpft. «In Deutschland unterstützte der Bundesnachrichtendienst, in dem zahllose ehemalige Nazis aktiv waren, die im Exil lebenden Nationalisten bei ihren antisowjetischen Aktionen», so schreiben Konrad Kreft und Clara Weiss auf der World Socialist Website. Und sie fahren fort: «In München, dem Sitz des BND, entstand nach dem Krieg ein ukrainisches Emigrationszentrum, das Propagandaliteratur verbreitete. Auch Bandera und Stezko (Rko: Jaroslaw Stezko war Banderas Stellvertreter), die beiden wichtigsten OUN-B-Führer (Rko: das B steht für Bandera), lebten dort unter falschem Namen. Im Oktober 1959 wurde Bandera vom sowjetischen Geheimdienst KGB in München aufgespürt und ermordet. Stezko lebte bis zu seinem Tod im Jahr 1986 als Exilführer der OUN-B in der süddeutschen Stadt.»

Am Grab Banderas in München versammeln sich seit langem ukrainische Ultranationalisten und Neonazis. Unter ihnen Andreij Melnyk, bis zum Oktober 2022 ukrainischer Botschafter in Deutschland, der in einem Interview erklärte, es gäbe keine Beweise für die Beteiligung der OUN am Massenmord an Juden und Polen, auch habe Bandera nicht mit den Nazis zusammengearbeitet. Das ukrainische Aussenministerium distanzierte sich danach ein bisschen und zog Melnyk aus Deutschland ab, inzwischen ist er zum Vizeaussenminister der Ukraine befördert worden und in Deutschland immer noch ein begehrter Interviewpartner. Im

September 2022 twittet dieser Faschistenfreund: «Wir brauchen dringend Leoparden, Marder, Füchse, Dingos & Fenneks, um Russlands Horden in die Hölle zu schicken.» Und im Dezember darf Melnyk in der Stuttgarter Zeitung seine Weihnachtswünsche veröffentlichen: «Es müssen noch sehr viele Tabus gebrochen werden. Wir brauchen dringend westliche Panzer, Kampffjets, Kriegsschiffe, Mehrfachraketenwerfer. Munition. Das ist mein einziger Wunsch an das Christkind.»

«Den Erzfeind besiegen»

Womit wir wieder im neuen Jahr sind: Am 7. Januar publiziert Newsweek ein Interview mit dem ukrainischen UK-Botschafter Vadym Prystaiko. Er besteht auf der Rückeroberung des gesamten Territoriums, inklusive der Krim. «Der Westen hat jetzt eine einzigartige Chance», so Prystaiko, und er sondert einen Satz ab, auf den auch Melnyk und Bandera stolz sein könnten: «Es gibt nicht viele Nationen in der Welt, die sich erlauben würden, so viele Leben zu opfern, so viel Land und so viele Jahrzehnte der Entwicklung, um den Erzfeind zu besiegen.»

Am 15. Januar sekundiert ihm auf t-online der sich sonst so kindlich-naiv gebende Wladimir Kaminer, er lobt die ukrainische Bevölkerung, die bereit sei, für das Land ihr Leben zu riskieren, lobt auch das Militär und stellt begeistert fest: «Diese Armee hat bereits Blut geleckt ...»

Kindgerecht erklärt: Was sind eigentlich Schützenpanzer?

Doch auch in diesen Zeiten, in denen jeder Anflug von Pazifismus (der nur im Frieden erlaubt scheint!) brachial abgeschossen wird, in diesen Zeiten, in denen der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels an einen ukrainischen Schriftsteller nicht trotz, sondern eher wegen Zeiten müssen die ganz jungen Menschen, damit sie eigene Kriegserklärungen in die Welt setzen können, von unseren Medien erst über die relevanten Handwerkszeuge aufgeklärt werden. Die Stuttgarter Zeitung marschiert am 13. Januar auf ihrer Kinderseite mit gutem Beispiel voran. Der Pinguin-Reporter Paul beantwortet unter der in kunterbunten Buchstaben gedruckten Rubrik «kinderleicht» die Frage: «Was sind eigentlich Schützenpanzer?» Die nächsten «kinderleichten» Fragen könnten lauten: Was ist eigentlich ein Kampfpfanz? Und schliesslich: Was ist eigentlich ein Atomsprengkopf?

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=92694>

Drei Filme, die in den Gymnasien zum Pflichtstoff gehören müssten!

Autor: Christian Müller, 19. Januar 2023

In Solothurn, einer mittelgrossen Schweizer Kantonshauptstadt, finden zurzeit die «Solothurner Filmtage» statt. Nicht ganz überraschend war der Eröffnungsfilm am 18. Januar. Ein Film, in dem Belarus bzw. das dortige Regime von Staatspräsident Alexander Lukaschenko kritisiert wird. Es gibt zurzeit ja keinen einfacheren Weg, sich öffentlich Lorbeeren zu holen, als Russland oder Weissrussland zu kritisieren. Es gibt aber auch Filme, die nicht nur an Festivals gezeigt werden sollten, sondern die im Fach «Geschichte» zum Pflichtstoff gehören müssten. Einer der drei wichtigsten europäischen Kriegsfilme betrifft ebenfalls Weissrussland.



Deutsche Soldaten werfen auch Kinder in eine Scheune, die kurz darauf mit Flammenwerfern in Brand gesetzt wird. Es gibt keine Überlebende. (Screenshot aus dem Film «Komm und sieh!»)

Das Buch «Im Westen nichts Neues» von Erich Maria Remarque, ein Buch über den Unsinn des Ersten Weltkrieges, geschrieben 1928 und veröffentlicht 1929, wurde innerhalb kürzester Zeit mit 450'000 verkauften Exemplaren zum Bestseller und innerhalb kürzester Zeit in 26 Sprachen übersetzt. Bereits im Jahr 1930

wurde es unter der Regie von Lewis Milestone verfilmt, damals natürlich noch in Schwarz-Weiss-Technik. 1979 wurde das Buch zum zweiten Mal, diesmal bereits farbig, und 2021 zum dritten Mal verfilmt. Die erste und älteste Version ist klar die beste und eindrucklichste. Hier kann man sehen, wie unsinnig in Kriegen junge Menschen verheizt werden, während man aber zuhause bei den Politikern und im öffentlichen Raum überzeugt war, dass der Krieg berechtigt und erfolgreich sei. Dieser Film, also die erste Version, müsste den Jugendlichen in aller Welt unbedingt gezeigt werden!

Der eindrucklichste Film zum Zweiten Weltkrieg ist «Komm und sieh!» von Elem Klimow, gedreht im Jahr 1985. Er zeigt in dokumentarischer Realität, wie die deutsche Wehrmacht in Belarus eingedrungen und von Dorf zu Dorf vorgedrungen ist und die Menschen – alle Menschen in diesen Dörfern! – einfach umgebracht hat: Mit Hilfe von Lautsprechern die Dorfbewohner zusammengetrommelt, dann in eine Scheune eingesperrt und schliesslich eben diese Scheune mit Flammenwerfern in Brand gesetzt, so dass niemand daraus entweichen konnte. Über 400 weissrussische Dörfer wurden so von der deutschen Wehrmacht total vernichtet und deren Einwohner ermordet. Das war damals tatsächlich und im vollen Umfang ein Vernichtungskrieg! Dieser Film müsste unbedingt allen Jugendlichen, weil er die Grausamkeit der deutschen Soldaten so anschaulich zeigt, gezeigt werden – allerdings nicht vor dem 18. Lebensjahr! Der Film zeigt die Grausamkeit des Krieges zu realistisch! Eine klare Empfehlung hat übrigens auch die «Süddeutsche Zeitung» publiziert!

Am besten ist natürlich, den ganzen Film als DVD zu kaufen.

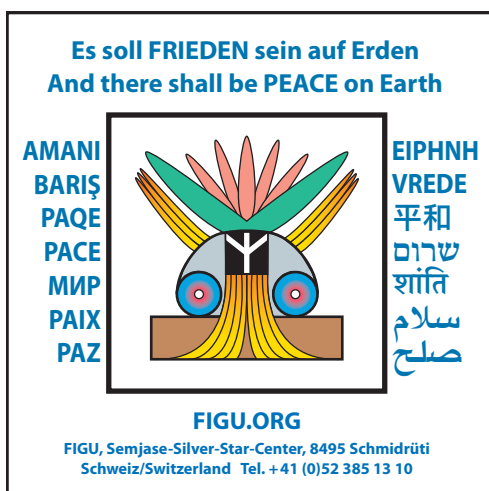
Der dritte Film, der den Jugendlichen unbedingt gezeigt werden muss, ist «Der Weisse Tiger» von Karen Schachnasarow aus dem Jahr 2012. Diesen habe ich schon bei anderer Gelegenheit erwähnt und zum Anschauen empfohlen. Der Film ist nicht nur visuell ein höchst eindrucklicher Kriegsfilm aus dem Zweiten Weltkrieg, er enthält auch eine Prognose: Die Prognose, dass der Hass des Westens auf Russland in 50 oder 100 Jahren zurückkommen wird. Der Film spielt in den Jahren, in denen die deutsche Wehrmacht von der Roten Armee zurückgedrängt werden konnte – vor 75 Jahren. Gäbe es einen internationalen Preis für die beste Polit-Prognose, Karen Schachnasarow wäre der Preisträger.

Was allen drei hier empfohlenen Filmen gemeinsam ist: Es sind «Anti-War»-Filme: Filme gegen den Krieg! Ohne jede Verherrlichung der beteiligten Soldaten, wie vor allem US-amerikanische Kriegsfilme es gerne tun, man denke etwa an «The Longest Day». Und Achtung, es gibt natürlich auch andere sehr gute Kriegs- bzw. Anti-Kriegsfilme, wie zum Beispiel «Die Brücke» von Bernhard Wicki aus dem Jahr 1959.

Wo sind die Kino-Besitzer und die Film-Festivals, die den Mut haben, heute solche Filme zu zeigen? Heute, wo fast alle grossen westlichen Medien dazu raten, den Krieg in der Ukraine mit weiteren Waffenlieferungen in die Länge zu ziehen, um damit Russland schwächen oder gar ganz zum Verschwinden bringen zu können?

Quelle: <https://globalbridge.ch/drei-filme-die-in-den-gymnasien-zum-pflichtstoff-gehoren-muessten/>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte «Todesrune», die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die «Todesrune» bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die «Todesrune» als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der «Todesrune», die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber**Grössen der Kleber:**

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
 Hinterschmidrüti 1225
 8495 Schmidrüti
 Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
 www.figu.org
 Tel. 052 385 13 10
 Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM**FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN**

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
 Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
 Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, **Fax** +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
 Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org

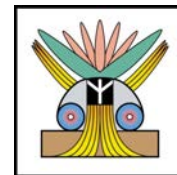


© FIGU 2023

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders
 angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
 wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
 -----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
 wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
 Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
 bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
 SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
 Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz